

Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis durch die Post inkl. Bestellgeld vierteljährlich 1.20 Mk.
Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:
Leipzig
Zeitzer Strasse 32, IV., Volkshaus
Telephonruf 7503.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 40 Pfg. für die gespaltene
Petitzelle oder deren Raum berechnet. — Inserate werden nur gegen
vorherige Einzahlung des Betrages aufgenommen.
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 12.

Sonnabend, den 19. März 1910.

14. Jahrgang.

Inhalt.

Hauptblatt: Streiks, Sperren und Lohnbewegungen. — Pflastersteinzoll und widerstreitende Unternehmerinteressen. I. — Die Steinindustrie in Hessen. — Abermals gescheitert! — Unser Mitgliederstand im Jahre 1909. — Herr Engel nochmals ordentlich gestäubt. — Zum nächsten Verbandstag: Eine Stimme vom Lande. Die Erwerbslosenunterstützung undurchführbar. — Die Bühne der Schweizer Steinarbeiter. — Gautag für den Bezirk Karlsruhe. — Bekanntmachungen des Zentralvorstandes. — Korrespondenzen. — Rundschau. — Gedicht: Frühling. — Literarisches. — Dichtung. — Allgemeine Bekanntmachungen. — Neue Zahlstellen. — Adressen-Änderungen. — Briefkasten. — Anzeigen.

Beilage: Sozialpolitische Rechtsprechung. — Die Hilfsarbeiterfrage in der Praxis. — Korrespondenzen. — Feuilleton: Industrie und Arbeiter in Amerika.

Streiks, Sperren und Lohnbewegungen.

(Über alle unter dieser Rubrik veröffentlichten Bewegungen ist wöchentlich zu berichten; wo das unterbleibt, fällt für die folgende Nummer die Bekanntmachung weg.)

Gesperert sind: Kassel: die Firma Holzmann. — Nürnberg: das Marmorwerk Freitag. — Stiebig bei Bauen: das Pflastersteinwerk Zachmann. — Dresden: das Granitwerk Keil & Co.

Treffurt im Eichsfeld ist zu meiden.

Bielefeld. Bei der Firma Georg Kronenberger sind Differenzen ausgebrochen. Zugang ist zu meiden.

Augsburg. Die Lohnbewegung ist ohne Streik mit vollem Erfolg für die Kollegen beendet.

Buda. Die Pflastersteinarbeiter der Firma B. Preißer haben den Tarif gekündigt und eine neue Vorlage eingereicht. Zugang ist fernzuhalten.

Böbau. Die Granit-Firma Kumpf will den Tarif nicht anerkennen. Die Kollegen haben ihre Kündigung eingereicht.

Neusorg (Oberpfalz). Am 15. März wurde ein recht umfassender Tarifvertrag bis zum 31. März 1913 abgeschlossen. Sowohl für Steinmehrer als auch für die Steinbrecher wurden wesentliche Vorteile und die Einsetzung eines paritätischen Schiedsgerichts erreicht.

Weihenstadt. Bei der Firma Ackermann kam der Fichtelgebirgs-Normal-Tarif zur Anerkennung. Ab 1. März wurde derselbe ausgehängt. Dieser Erfolg kann als befriedigend bezeichnet werden.

Blauberg. Bestehende Differenzen wegen Anfertigung der Würzburger Randsteine wurden geregelt. — Die Pflasterer von Sengenbühl am Höhenbogen erhalten nunmehr für Pflaster 1. Sorte 1/2 Pfg. und für Pflastersteinbinder 1 Pfg. mehr pro Stück. Bei Steinmangel werden die Pflasterer zu Abräumarbeiten im Stundenlohn beschäftigt. Die Erhöhung pro Quadratmeter beträgt somit 15 resp. 30 Pfg.

Sangenjaja. Der Tarif wurde um ein Jahr verlängert. Durch einen Nachtrag konnten einige Verbesserungen herausgeholt werden. — Verarbeitet wird in den hiesigen Werkstätten Travertin.

Büneburg. Die Steinmehrer konnten eine kleine Lohn-erhöhung durchdrücken. Nur die Firma M. Lange hat nicht bewilligt. Die Firma ist gesperrt.

Dortmund. Die Westd. Marmor- und Granit-Werke versuchen fremde Kollegen in ihre Betriebe zu ziehen, um Mißliebige zu entfernen. Arbeitsuchende werden dringend erjucht, Dortmund bis auf weiteres zu meiden.

Derdingen. Die Firma Treutle hält den Tarif nicht ein. Die Firma ist gesperrt.

Leipzig. Die Marmorarbeiter erzielten, daß dieses Jahr der Stundenlohn um 2 Pfg. erhöht wird, dieselbe Erhöhung tritt auch 1911 ein. Der Akkordtarif hat Änderungen nicht erfahren.

Balduinstein. Die Marmorarbeiter der Firma Krebs traten wegen der Maßregelung organisierter Kollegen am 1. Februar in den Streik. Krebs glaubt, mit seiner Taktik unseren Verband im Lahntale unmöglich machen zu können.

Magen (Westfalen). Die Firma Dassel nahm bedeutende Lohnreduktionen vor. Die ganze Kampfes-weise richtet sich gegen die Mitglieder unseres Verbandes.

Regensburg. Bei der Firma Lochner sind Differenzen ausgebrochen. Die Granitarbeiter mögen Zugang fernhalten.

Berlin. Die Sandstein- und Marmorarbeiter stehen in Lohnbewegung. Zugang ist fernzuhalten.

Wildemann. Die Pflasterstein- und Karschlagschlager der Firma Siegheim stehen im Streik. Zugang nach den Betrieben Adlersberg und Einersberg ist streng fernzuhalten. Siegheim bietet alles auf, um Arbeits-willige anzuwerben.

Schlesischer Sandsteindistrikt. Die Steinmehrer und Brecher haben den Tarif gekündigt. Die Unter-nehmer sandten nun an den Bezirksvertrauensmann ein Schreiben, worin betont wird, daß die Steinarbeiter die Tarifkündigung zurücknehmen sollen, weil die schlesische Sandsteinindustrie eine Lohnhöhung nicht mehr vertragen könne. Ein Teil der Verbandsmit-glieder ist aus dem Bezirk bereits abgereift.

Heppenheim. Im Betrieb der Firma Bruchner kam vor einiger Zeit ein neuer Tarif zustande. Derselbe bedeutet für die betreffenden Kollegen eine Lohn-erhöhung von 10—12 Prozent.

Kappelroded. Die Pflastersteinmacher der Firma Burger in Furschenbach reichten wegen schlechter Behand- lung und sonstiger Differenzen am 10. März ihre Kündigung ein.

Oesterreich. Zugang ist nach folgenden Orten fernzuhalten: Olegg, Höhelsdorf, Thumeritz, Blöding, Pulgarn, Schwertberg, Klagenfurt, Budapest und Temesvár.

Pflastersteinzoll und widerstreitende Unternehmerinteressen.

I.
Die Fachpresse der Steinindustrie entfacht eine mächtige Agitation, damit die Einfuhr der schwedischen Pflastersteine unterbunden wird. Diese Agitation setzte vor etwa 12 Jahren ein; sie wurde forciert vom Herrn Ingenieur Fellermeier, der, damals noch wohl- bestallter Direktor des Granitwerks in Blauberg war. Die Granitindustriellen in Bayern sind wegen eines Pflastersteinzolls, der auf schwedisches Gestein gelegt werden soll, heute noch geteilter Meinung. Sie haben ja erfahren, was es heißt, wenn Zollschranken errichtet werden. Bis zum Jahre 1892 konnten die südbayrischen Steinmehrer große Haussteinkliefereien nach Oesterreich übernehmen; die Donau als natürliche Wasserstraße gestattete eine niedrige Fracht. Auf einmal kam Oesterreich-Ungarn mit hohen Zollsätzen, und mit der Ausfuhr von Steinmehrarbeiten war es vorbei. Von dieser Zeit an datiert die wirtschaftliche Schwächung der nieder- bayrischen Steinindustrie. Allerdings die Pflastersteine gehen heute noch nach Wien, Budapest usw. zollfrei und die bayrischen Industriellen haben ganz bedeutende Lieferungen mit ihrem erstklassigen Material ausführen können. Der Pflasterstein aus Blauhöfen, Hauzenberg, Neuhaus und Fürstenstein wird heute in Oesterreich sehr begehrt, kommt aber ein Zoll, dann muß die Arbeiterzahl in den südbayrischen Brücken gewaltig reduziert werden. Die Unternehmer also, die selbst die Gefährlichkeiten der Zölle kennen gelernt haben, tuten nicht so ohne weiteres in das Horn der Epigonen des Herrn Fellermeier. Die Odenwaldunternehmer zum Beispiel sind sehr auf die Ausfuhr nach Holland angewiesen, die im Fichtelgebirge beziehen den schwarzen Granit aus Schweden, sie sind mit den besseren Monumentararbeiten auf Frankreich angewiesen. Es hat deshalb seine Schattenseiten, wenn so ohne weiteres gerufen wird: das ausländische Gestein muß mit hohen Zöllen belegt werden. Einige deutsche Granitgebiete sind unter allen Umständen auf die Aus- fuhr angewiesen, und die betreffenden Unternehmer und Arbeiter würden schöne Gesichter machen, wenn auf einmal Zollschranken errichtet würden.

Pro Jahr werden aus Schweden etwa für 9 Millionen Mark Pflastersteine nach Deutschland eingeführt. Der billige Seetransport gestattet einen solchen Wettbewerb, und überdies ist der schwedische Stein vorzüglich. Als deutsches Konkurrenzmaterial, soweit Qualitätsware in Betracht kommt, wäre in erster Linie das in Südbayern zu nennen, die betreffenden Orte haben wir schon auf- geführt. Aber der weite Bahntransport erfordert billige Frachtsätze, welche heute leider noch nicht geschaffen sind.

Und weiter kommt hinzu der Granit im Striegauer, Häslichter und Strehleiner Gebiet. Die Pflastersteine aus den schlesischen Brücken finden nun auch reizenden Absatz, aber je weiter der Bahntransport nach Ostpreußen zu bewerkstelligen ist, desto fühlbarer macht sich die schwe- dische Konkurrenz. — Stadthaurat Bok hat sehr recht, wenn er in seiner Schrift: „Der städtische Wirtschafts- plan“, sagt:

Außer der Qualität des Steinmaterials spielt bei der Auswahl der Pflastersteine auch der Gewinnungs- ort eine Rolle. Der Gewinnungsort muß möglichst so liegen, daß keine zu hohen Transportkosten entstehen.

Bok weist auch darauf hin, daß in den letzten zehn Jahren das Holzpflaster mit dem Asphaltpflaster in einen großen Wettbewerb tritt, insbesondere in den Groß- städten; aber soweit wir die Dinge überschauen können, wird beim Straßenbau der Naturstein die Oberhand be- halten.

Wir möchten nun doch einmal an einem konkreten Beispiel untersuchen, ob die schwedische Konkurrenz so drückend ist, wie uns die Unternehmerpresse sagen läßt. Die Stadt Kassel vergab im Oktober 1909 8000 Quadratmeter Reihenpflastersteine. Aus den Offerten heben wir die folgenden Angebote hervor:

Granit.	Quadratmeter
G. Ingram, Kirchberg (Sachsen)	7.60 Mk.
Eiserfelder Steinwerke in Eiserfeld	7.80 "
Granitwerk Königsbrück, Sitz Dresden	8.75 "
Basalt.	
Basaltwerk Hesselbühl, Kaufungen-Binden	6.90 "
Rauch & Comp., Kassel	7.45 "

Bähbasalt.	Quadratmeter
Storch & Comp., Kirch an der Sieg	5.90 Mk.
Eiserfelder Steinwerke in Eiserfeld	7.85 "
Grauwacke.	
Fr. Kappel, Wildemann	6.50 "
Parzer Pflastersteinwerke, Wildemann	5.90 "
Syenit.	
Gewerkschaft Falkenstein, Siegen	7.20—7.80 "
A. Koppius, Anröchte	7.65 "
Diabas.	
Gartenroder Diabaswerke, Wiesbaden	7.— "
Basaltlava.	
Josua Loeb, Mayen	3.82 "
Joseph Weingart, Mayen	6.— "
Schwedischer Granit.	
Skandinavische Granit-Aktiebolaget	9.55 "
Strömer & Nilso, Filiale Berlin	9.85 "
Bittorf & Bahll, Hamburg	9.98 "

Aus dieser Liste geht zur Genüge hervor, daß die schwedischen Steine teurer im Preise stehen, wie deutsches Material. Das deutsche Höchstangebot in Granit gab mit 8.75 Mk. pro Quadratmeter das Königsbrücker Granit- werk ab, das niedrigste für schwedisches Gestein die Skandinavische Granit-Aktiebolaget mit 9.55 Mk. pro Quadratmeter. Die Differenz beträgt somit auf den Quadratmeter = 80 Pfg., oder für die Gesamtlieferung 6400 Mk. Um diesen Betrag waren also die Schweden im Minimum teurer. Bedeutend billiger waren die Granitwerke in Kirchberg und Eiserfeld. Aber es darf nicht verschwiegen werden, daß das schwedische Material in seiner ganzen Struktur sehr häufig dem deutschen überlegen ist. Der Pflastersteinarbeiter mag sich beim Behauen noch so abquälen, der Polier die Ab- nahmekontrolle noch so scharf ausüben, wenn das Gestein nicht gut spaltbar ist, wenn daran viel gespißt werden muß, dann ist mit allem Raffinement beim Herstellungs- prozess kein erstklassiger Pflasterstein zu liefern. Aber auf diesen Gesichtspunkt wird in der Unternehmenspresse mit keinem Wort Bezug genommen. — Wir haben kürz- lich auf einer Bahnhofsrampe des Fichtelgebirges (wir wollen den Namen der Station verschweigen) Pflaster- steine gesehen, wo man sich unwillkürlich fragen muß: Wer kauft denn eigentlich dieses Zeug? Das Material war sehr grobkörnig und die meisten Steine hatten einen 2—3 Zentimeter starken gelben Streifen. Einmal und nie wieder, wird sich der Abnehmer sagen, werde ich Abschlüsse mit einer derartigen Sorte machen.

Die Einfuhr aus Schweden ist allerdings seit 1903 gestiegen. Das kommt daher, daß unsere Küstenstädte, und insbesondere Berlin, seit Jahren große Straßen- erweiterungen vorgenommen haben. Die Einfuhr ge- staltete sich folgendermaßen:

Jahr	Tonnen	Millionen Mk.
1903	373829	5,6
1904	361161	6,5
1905	576395	10,4
1906	483361	8,4
1907	500869	10,0
1908	465705	8,4

Wir haben die Ueberzeugung, daß die Ziffern des Jahres 1907 in Zukunft nicht mehr höher ansteigen werden. Die Schweden wissen, daß für sie der deutsche Markt sehr unsicher geworden ist, durch die Zollplakereien, welche in Aussicht stehen. Sie müssen deshalb bemüht sein, überseeische Märkte zu erobern, und in Südamerika ist ihnen das auch schon gelungen. —

Die schwedischen Granitarbeiter schaffen größtenteils unter tariflich geregelten Lohnverhältnissen. Die schwedische Regierung hat kürzlich ein Werk über Tarifverträge herausgegeben, und daraus ist zu ent- nehmen, daß die Granitarbeiter einen Stundenlohn von 35—50 Öere (1 Öere = 1,12 Pfg.) haben. In Deutsch- land ist sicherlich der Lohn nicht höher, ja in vielen Be- trieben der Granitbranche gibt es überhaupt noch keine Tarifverträge. So in Westfalen, in der Laußitz usw. Der schwedische Steinarbeiter ist allerdings mit seinem Verdienst besser daran wie der deutsche, weil dort das Geld noch mehr Kaufkraft besitzt.

Und in Norwegen sind die Löhne mindestens so hoch wie in Deutschland, wie dies der norwegische Konsul, Fr. G. Drummond, in Hamburg kürzlich in der Presse be- stätigt hat. Er schreibt:

Alle Steinmehrarbeiten werden nach Tarif bezahlt. Der Verdienst der Steinmehrer schwankt zwischen 3 und 7 Kronen pro Tag. Gewöhnliche Brucharbeiten, wie Steinprengen, das Transportieren von Steinen und Abraum, werden mit 3 bis 4.50 Kronen pro Tag be- zahlt. Monumentalarbeiter erhalten 6½—7 Kronen.

Also das Gegader, daß in der skandinavischen Stein- industrie die Löhne niedriger sind, wie bei uns, scheint nicht zu stimmen. —

Mit Bezug auf die Absatzverhältnisse für nor- wegische Steine in Hamburg schreibt dann der Ge- nannte weiter:

Die teuersten Pflastersteine, welche nach Deutschland eingeführt werden, sind die Hamburger Reihensteine, welche zurzeit bis zu 60 Mk. pro Kubikmeter franko Lager Hamburg kosten. Der gewöhnliche norwegische Stein gibt einen Pflasterstein zweiter Güte, wenn auch von brauchbarer Qualität. Aber auch in dieser

Sorte gibt man dem Schwedischen Material den Vorzug. Was Kantsteine (Bord- oder auch Randsteine genannt) anbetrifft, so ist für norwegisches Material in Hamburg große Nachfrage. Für solche Kantsteine, 36 Zentimeter breit, wird pro Meter 7.10 bis 7.25 Mk. bezahlt. Über außer Hamburg kommt für das norwegische Gestein kein größeres deutsches Absatzgebiet mehr in Betracht.

Die Steinindustrie in Hessen.

Die großherzoglich hessische Zentralstelle für die Landesstatistik gab soeben einen Bericht über die letzte Gewerbe- und Berufszählung heraus. Auf die Steinindustrie ist selbstredend im weitesten Maße Bezug genommen, denn diese ist in Hessen von großer Bedeutung. Im ganzen waren bei der Zählung (1907) 18 082 Personen beruflich in dieser Industrie tätig, gegenüber 12 227 im Jahre 1895. Die Zunahme in diesem kleinen Lande ist geradezu gewaltig zu nennen. Auf die einzelnen Provinzen ergibt sich für die Steinarbeiterbevölkerung nachstehendes Bild:

	Beschäftigte Personen		
	1907	1895	1882
Starkeburg	11502	7934	4870
Oberhessen	3414	2016	1186
Rheinhessen	3166	2217	1999

Wenn wir drei besonders steinindustrielle Kreise hervorheben, so ergibt die Statistik folgende Zahlen:

	Beschäftigte Personen		
	1907	1895	1882
Heppenheim	2979	1985	1549
Bensheim	2436	1126	176
Erbach	1756	1464	1149

In markanter Weise fällt im Kreise Bensheim die Zunahme der Steinindustrie auf. Um das Jahr 1884 wurde im hessischen Odenwald der Sphenit gefunden, und mit einem Schlage war für die Monumentalbranche das Fundament gegeben. Die Granit- und Sphenit-schleifereien wuchsen wie Pilze aus der Erde hervor. Soweit unsre Kenntnis reicht, sind die hessischen Steinbruchunternehmungen durchweg in finanzieller Hinsicht gut fundiert. Das kleine Hessen kennt eine umfangreiche Basalt-, Granit-, Sphenit- und Sandsteinindustrie.

Unser Verband zählt im Großherzogtum Hessen 466 Mitglieder, welche sich auf die Zahlstellen Reinheim, Airschhausen, Rimbach, Hemsbach, Reichenbach und Heppenheim verteilen. Der Steinarbeiterverband kann sich also noch ungeheuer ausbreiten. Je mehr wir die Struktur der Steinindustrie betrachten, desto schärfer werden wir dazu gedrängt, die Hilfsarbeiterfrage praktisch zu lösen. In dieser Beziehung gibt es kein Zögern und Zaudern mehr.

Abermals gescheitert!

Die Verhandlungskommissionen des Arbeitgeberbundes und der vier in Frage kommenden Zentralverbände der Arbeiter traten am 9. und 10. März in Berlin abermals zur Verhandlung zusammen, um eine Einigung zu versuchen.

Im November haben diese Körperschaften schon einmal, wie wir berichteten, getagt, ohne daß eine Verständigung über irgendeinen wesentlichen Punkt erfolgt wäre. Die Situation ist schwierig und eigenartig. Der Arbeitgeberbund unterbreitete den Zentralverbänden Forderungen, die das bisherige Vertragsverhältnis auf eine völlig andere Grundlage stellen. In dem von den Unternehmern unterbreiteten Vertragsmuster erblickten die Arbeiterverbände ein Mittel zur Bekämpfung ihrer Organisation, und es verläßt auch in Wirklichkeit die Grundlagen der Parität und tastet die Gleichberechtigung der Organisationen an.

Die Zentralverbände haben nur wenige Anträge und Änderungsanträge eingebracht, die die Grundlagen des Bestehenden durchaus nicht berühren.

Die Verhandlung verlief ebenso resultatlos wie die im November. Nur über nebensächliche Dinge ist ein Ausgleich erzielt worden. In allen Fragen sachlicher und prinzipieller Bedeutung sind sich die Parteien keinen Schritt näher gekommen. Strittig blieben die Fragen:

1. Ob ein Vertrag nach dem Wunsche des Arbeitgeberbundes von Zentralvorstand zu Zentralvorstand abgeschlossen werden soll. Die Arbeitgeber lehnen diesen Antrag ab und wünschen, daß die örtlichen Organisationen Träger der Verträge bleiben.
2. Die Arbeitgeber verlangen, daß der Vertragslohn, der bis jetzt in 95 Prozent der Vertragsgebiete ein Einheitslohn oder Minimallohn war, jetzt nur für gelehrte und tüchtige Gesellen und für geübte und tüchtige Hilfsarbeiter gelten soll. Wer tüchtig ist, bestimmt nur der Arbeitgeber. Diese Verschlechterung lehnen die Arbeiter ebenfalls ab.
3. Die Zentralverbände sollen anerkennen, daß während der nächsten Vertragsdauer eine Verkürzung der Arbeitszeit unter 10 Stunden nicht eintreten darf.
4. Die Akkordarbeit war bisher zulässig. Es konnte aber jeder die Akkordarbeit verweigern, und die Organisationen durften durch Auflagen und Beschlüsse auf die Mitglieder in dieser Beziehung einwirken. Jetzt sollen sich die Parteien verpflichten, jeder hindernden Einflußnahme sich zu enthalten. Den Arbeitgebern soll aber eine fördernde Maßnahme nicht verboten sein.
5. Im alten Tarif unterliegen die Preise besonderer Vereinbarung. Jetzt sollen sich die vertragsschließenden Organisationen ausdrücklich verpflichten, vor und nach der Vereinbarung der Akkordpreise keinerlei Einfluß auf ihre Mitglieder auszuüben.

Die Anerkennung dieses Verlangens müssen die Arbeiter ablehnen. Sie fordern nur die Beibehaltung des bisherigen Zustandes, mit der Maßgabe, daß dieser Paragraph aus dem zentralen Muster entfernt und den Ortsverträgen eingefügt werden soll, in deren Geltungsbereich Akkordarbeit üblich ist. Um einem etwaigen Irrtum vorzubeugen, sei ausdrücklich bemerkt, daß die Beseitigung der Akkordarbeit nicht gefordert wird.

Der Arbeitgeberbund verlangt dann die tarifliche Anerkennung seiner unparitätischen Arbeitsnachweise. Die Arbeitnehmer sollen sich ausdrücklich zur ausschließlichen Benutzung dieser Nachweise verpflichten.

Diesem im gewerkschaftlichen Leben wohl ohne Beispiel bestehenden Verlangen sehen die Zentralverbände ein kategorisches „Nein“ entgegen.

Das sind die hauptsächlichsten Differenzpunkte und neben diesen bestehen noch viele kleine.

Der Deutsche Arbeitgeberbund wird nun am 22. März eine außerordentliche Hauptversammlung in Dresden abhalten, auf der er aller Wahrscheinlichkeit nach bereits Maßnahmen ergreifen wird, um den Zentralverbänden,

wie er leichtgläubig hofft, die Anerkennung seiner unmöglichen Forderungen diktatorisch aufzwingen zu können. Da wird er Ausperrungen anordnen, oder wie es in salonfähigerem Tone heißt, die Geschäfte und Betriebe schließen.

Der Arbeitgeberbund wird den Zentralverbänden umgehend seine Entschlüsse mitteilen, und die Arbeiterverbände werden dann auf ihren eigens zu diesem Zweck einzuberufenden Verbandstagen beraten, wie sie die Herausforderungen beantworten sollen. Sollte aber der Arbeitgeberbund weitere Verhandlungen wünschen, so erübrigen sich die Verbandstage. Alle Wetterzeichen deuten aber auf Sturm. Zunächst hat nun der Deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe das Wort. In seiner Hand wird es liegen, ob in den nächsten Wochen ein Krieg von ungeheurem Umfang und von ganz unberechenbaren Folgen entbrennen oder ob dem Baugewerbe der Frieden erhalten wird.

Unser Mitgliederstand im Jahre 1909.

Die genauen Resultate über unseren Mitgliederstand des verflossenen Jahres liegen nun vor. Der Stand der einzelnen Gaue ist folgendermaßen:

	Durchschnittsziffer 1909	Zu- und Abnahme gegenüber 1908
1. Gau Berlin	912	- 5
2. " Striegau	2631	- 207
3. " Dresden	3209	+ 371
4. " Leipzig	839	- 328
5. " Erfurt	348	- 54
6. " Hannover	1669	- 332
7. " Köln	928	- 10
8. " Mannheim	1242	- 122
9. " Karlsruhe	1484	+ 34
10. " Regensburg	2340	- 29
11. " Würzburg	1306	+ 290
Einzeljahrl	190	+ 15

Gesamtmitgliederstand 1909 = 17 095. Gegenüber dem Jahre 1908 haben wir 723 Mitglieder = 4,08 Prozent verloren. — Die Zunahme im Gau Dresden entfällt mehr auf das Sandsteingebiet von Pirna. Die Zahlstelle Pirna mit Umgebung steigerte ihre Mitgliederziffer von 700 im ersten Quartal 1909 auf 954 im zweiten Quartal. Im 11. Gau (Würzburg) nehmen besonders die Zahlstellen Nürnberg und Ziegelanger erfreulich zu. Quartalweise ergibt sich da folgende Steigerung:

	1909			
	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal
Nürnberg	138	162	210	242
Ziegelanger	55	84	115	125

In Nürnberg war es besonders Kollege Kraus, der äußerst intensiv die Hausagitation betrieb. Die Erfolge blieben auch nicht aus. — Befriedigt können wir über unseren Mitgliederstand nicht sein. Unsere Zahlstellen möchten nicht bei allen kleinlichen Vorkommnissen die Gauleiter rufen, damit diesen mehr Zeit zur Entfaltung der mündlichen Agitation bleibt. — Die Mitgliedervermehrung muß jetzt schon tatkräftig unternommen werden. Der Wahlspruch: Bescheidenheit ist eine Tugend, darf in dieser Beziehung für uns nicht gelten.

Herr Engel nochmals ordentlich gestäubt.

„Denn wir können nichts wider die Wahrheit, sondern für die Wahrheit.“
2. Korintherbrief 13, 8.

Die christlichen Gewerkschaftler betonen immer, sie halten auf die Religionsgrundsätze äußerst viel. Ein Hauptgrundsatz der christlichen Religion ist auch die Ausübung der Wahrhaftigkeit. Aber da hapert's bei diversen schwarzen Gewerkschaftlern ganz gewaltig, und viele richten sich nicht nach dem Spruch des Paulus an die Korinther. Doch gleich zur Sache.

Die Christlichen haben mit ihren „Führern“ schon sehr oft Pech gehabt. Unsern Kollegen sind am bekanntesten die Namen Wolf und Engel. Letzterer spielte beim Streik der christlichen Metallarbeiter in Rheinfelden eine nichtswürdige Rolle, sein Verhalten erregte sogar in der bürgerlichen Presse großes Aufsehen. Der badische Gewerbeinspektor, Regierungsrat Dr. Bittmann, deckte bekanntlich die Lügereien des Engel gehörig auf. Diese ganze Affäre kam nun am 4. März im badischen Landtage gründlich zur Sprache. Der „Karlsruher Volksfreund“ schreibt darüber:

Bittmann — — — Engel.
„Man muß schon ein paar Gedankenstriche zwischen diese beiden Namen machen, um nicht den Verdacht aufkommen zu lassen, daß der letztere wirklich ein ebenbürtiger Gegner des ersteren wäre. Wer als Vertreter organisierter Arbeiter — in diesem Falle christlich-organisierter — sich derart in ein Netz von Verdrehungen, Uebertreibungen und Ungeschicklichkeiten verstrickt, in welchem er todsicher gefangen werden muß, der hat kein Anrecht, als gleichberechtigter Kontrahent betrachtet zu werden.“

Auf die Mitteilungen der Presse, daß am Freitag Herr Fabrikinspektor Dr. Bittmann sich zur vielbesprochenen und für die christlichen Gewerkschaften prinzipiell bedeutungsvollen Angelegenheit Engel äußern werde, hatten sich viele Interessenten, vor allem hiesige und auswärtige Gewerkschaftsführer, als Zuhörer eingefunden. In der Diplomatenloge sah man auch den Landeskommissar Straub und auf der gegenüberliegendenloge den „Gewerkschaftsführer“ Engel, den Helden des Tages, in dessen Haut wohl am geistigen Tage selbst sein größter Feind nicht gesteckt haben möchte.

Herr Fabrikinspektor Dr. Bittmann war gleich erster Redner. Nur schade, daß er eben kein Redner ist. Seine Ausführungen kamen nur langsam zum Vorschein; nüchtern gruppiert er Tatsachen und Beweise aneinander und wirkt erst durch diese Tatsachen. Im Anfang störte die geringe Redegabe Bittmanns etwas, zumal das Haus ihm aufmerksam, sehr aufmerksam zuhörte. Aber allmählich wurde auch Dr. Bittmann lebendiger, sein Material hatte ihn selbst mit fortgerissen. Dieses Material war auch ohne weiteres dazu angetan, die Position des Redners mit jeder Minute besser zu stützen, die des „Angeschlagten“ Engel zu verschlechtern. Da folgte Schlag auf Schlag, Hieb auf Hieb, immer einer wichtiger wie der andre; und jeder sah, denn er war erwiesen durch die vorliegenden Aktenstücke. Ein Schlächten, nicht eine Schlächt war's zu nennen. Wenn Engel noch zu erröten vermag,

hat er gestern zwischen 1/4 und 1/2 Uhr nachmittags eine normale Gesichtsfarbe nicht bekommen. Das Haus stand völlig im Banne dieses Aktenmaterials, und Minister v. Bodmann verwandte kein Auge von dem Leiter der badischen Fabrikinspektion. Die sozialdemokratische Fraktion war selbst überrast über den Umfang der gegen Engel vorliegenden Beweisgründe, und sie gab diesem Erstaunen durch wiederholtes: „Hört! Hört! Ausdruck.“ Es darf dann auch ruhig gesagt werden, so total unfähig hat sich noch kein Gewerkschaftsführer in Baden, ja nicht einmal in Deutschland, bei einer Lohnbewegung benommen, wie der christliche Gewerkschaftsführer bei dem Streik in Rheinfelden. So offensichtlich ist noch kein Gewerkschaftsführer in der Presse und im Parlament gebrandmarkt worden, wie wiederum Gewerkschaftsführer Engel. Er hat wirklich der christlichen Arbeiterbewegung in Baden den Todesstoß gegeben. Das wäre aber nicht das Schlimmste. Viel schlimmer ist der Gefallen, der mit der Affäre Engel dem gesamten Unternehmertum bereitet wurde. Dieses unterscheidet meist nicht zwischen christlichen und freien Gewerkschaften, sondern es sagt schlechtthin: Da habt ihr die Tätigkeit der Gewerkschaftsführer, dieser „Heger“, und was dergleichen liebliche Schlussfolgerungen sind. Auch diese Seite der Angelegenheit muß beachtet werden. — Der Fabrikinspektor sprach zwei Stunden. Sein Material hat ihm den Erfolg gesichert, über den das Zentrum stichtlich in Unruhe geraten war. Es schickte einen seiner besten Redner, den Mannheimer Stadtpfarrer Knebel, vor. Er hatte gegenüber dem wüchtigen Tatsachenmaterial des Fabrikinspektors Dr. Bittmann einen schweren Stand. Der pfarrherrliche Verteidiger des gefallener Engel hat diesem für die Sünde wider das achte Gebot Absolution erteilt. Wie das ein Mann der Partei „für Wahrheit, Freiheit und Recht“ fertig bringen kann, ist rätselhaft. Man kann das nur so erklären, daß Engel eben unter allen Umständen herausgehissen werden sollte. Gelungen ist das nicht. Herr Knebel hat der christlichen Gewerkschaftsbewegung mit seiner Verteidigung Engels einen schlechten Dienst erwiesen. Die Predigt über Seelenkultur, die der Herr Knebel glaubte der Sozialdemokratie halten zu sollen, hätte er besser in einer Versammlung der „Christen“ gehalten.

Minister v. Bodman gab mit seiner Richtigstellung der Knebelschen Behauptungen der in Rheinfelden angewandten christlichen Gewerkschaftstaktik und Wahrheitsliebe den Rest und empfahl Herrn Knebel unter dem Beifall der großen Mehrheit des Hauses, mit seiner Seelenkultur bei Herrn Engel anzufangen.

Für unsern Genossen Kolb war es nicht schwer, die „Seelenkultur“ der Engel und Konsorten in bengalischer Beleuchtung erscheinen zu lassen. Die Abfuhr war kräftig, aber wohlverdient. In kurz gedrängter Form ließ der Redner der Sozialdemokratie die Laten der „Christen“ noch einmal Revue passieren. Dann redete er den Herren vom Zentrum ins Gewissen, indem er ihnen die Schädlichkeit der von ihnen geförderten Teilung der Arbeiterschaft vorhielt. Ob's allerdings etwas genügt hat, muß nach den bisherigen Erfahrungen leider bezweifelt werden.“

Wie die Rheinfelder Arbeiter über ihren Führer Engel denken.

Herr Dr. Bittmann führte darüber folgendes aus:
„Ich habe hierauf in Rheinfelden die Mitglieder der Streikkommission Dossenbach und Schöppele gesprochen; andre Mitglieder der Streikkommission konnte ich nicht sprechen, weil einer in Untersuchungshaft war, zwei andre abgereist waren und einer Italiener war, der nur schlecht deutsch sprach. Dossenbach und Schöppele gaben mir zu Protokoll: „Durch den Herrn Landeskommissar wurde uns am Abend des 15. August 1909 im „Trompeterbräu“ in Badisch-Rheinfelden als Ergebnis der Verhandlungen das Anerbieten der Firma mitgeteilt, wie es in der Veröffentlichung des Herrn Landeskommissars vom 20. August wiedergegeben ist. Der Inhalt der Veröffentlichung Engels im „Rheinfelder Anzeiger“ vom 19. August entspricht der Wahrheit nicht. Insbesondere war von der Zusage einer Lohnerhöhung mit keinem Wort die Rede, ebensowenig von der Zusammenfassung des Arbeiterausschusses, von der Zusage einer zehnprozentigen Lohnerhöhung und von einem bestimmten Termin. Der Herr Landeskommissar erklärte ausdrücklich und wiederholt, daß für eine Lohnerhöhung ein bestimmter Termin durchaus nicht zugesichert werden könne. Dies brachte auch Engel in der darauffolgenden öffentlichen Versammlung der Streikenden zum Ausdruck, indem er sagte, in bezug auf Lohnerhöhung und deren Termin müßten die Arbeiter der Firma das Vertrauen schenken, daß sie eine loyale Regelung stattfinden lassen werde. Im übrigen hat Engel seine Veröffentlichung zu Unrecht mit „Die Streikkommission. Im Auftrag: Engel“ unterschrieben. Diese Erklärung ist der Streikkommission vor Drucklegung nicht zur Beschlussfassung vorgelegt worden.“ (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Auch eine gewerkschaftliche Zeitung ersten Ranges! Schöppele und Dossenbach beklundeten dann weiter: „Als wir die Erklärung in der Zeitung zu Gesicht bekamen, haben wir auf Anfragen von Kollegen sofort gesagt, daß die Aeußerung nicht auf Wahrheit beruhe. Wir schenken Engel kein Vertrauen. Wir sind der Ueberzeugung, daß es nicht zum Streik gekommen wäre, wenn Engel der Arbeiterschaft nicht ausnahmsweise hohe Unterstufungen versprochen hätte, die dann nicht gezahlt wurden.“ (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.)

Ich habe außerdem noch fünf Arbeiter vernommen, die mir erklärten: „Wir schenken Engel kein Vertrauen mehr, er hat uns betrogen und zum Streik nur dadurch zu bestimmen vermocht, daß er eine Streikunterstützung von durchweg drei Mark pro Tag und Mann zusicherte. Nicht ein einziger Arbeiter würde in den Zustand getreten sein, wenn er gewußt hätte, daß die Streikunterstützung „höchstens“ 2.50 Mark betrage.“

Wie Herr Dr. Bittmann der christlichen Gewerkschaftsleitung den Standpunkt klarlegte.

Der Fabrikinspektor betonte weiter:
„Mein Brief kreuzte sich mit einem Briefe des Generalsekretariats, und da ich der Sache ein Ende machen mußte, so entschloß ich mich kurz und reiste nach Köln. Ich traf dort den Vorsitzenden des Gesamtverbandes, Schiffer, den Vorsitzenden des christlichen Metallarbeiterverbandes, Weber, und den Generalsekretär des Gesamtverbandes, Stegerwald, mit denen ich verhandelte, und zwar mit dem Ziel, einmal, daß Engel sofort von der Tätigkeit in Baden embanden werde, und sodann, daß Thelen eine Erklärung abgeben, sich dem Landeskommissar gegenüber entschuldigen müsse. (Thelen ist ein christlicher Sekretär. Red. des „Steinarbeiter“.) In der Broschüre wird nun die Behauptung aufgestellt, in dieser Verhandlung sei jeder zweite Satz von mir eine Drohung gewesen. Ja, hier muß ich mich allerdings schuldig bekennen insofern, als ich eine Drohung — nicht Drohungen — gegeben kann, und diese eine Drohung bestand darin, daß ich den Herren sagte: „Meine Herren! Ich gehe hier nicht von der Stelle, bis dieses Telegramm an Engel abgefaßt ist oder Sie mir zu Protokoll gegeben haben, daß Sie das verweigern.“ Unter dem Druck dieser ungeheuren Drohung wurde Engel telegraphisch suspendiert. Von andern Drohungen war nicht die Rede. Ich müßte auch nicht, welche

Drohungen ich gegen die 3 sehr geschäftsgewandten Herren hätte ausführen können. Ich bin mir in jeder Lebenslage der Situation bewußt, in der ich mich befinde; die Herren hätten sehr wohl das Recht gehabt, mich hinauszuschieben, wenn ich es gepaßt haben würde, in ihren vier Pfählen Drohungen auszuüben. Es wird in der Broschüre dann weiter gesagt, das Telegramm an Engel sei von mir als Voraussetzung für die Verhandlungen hingestellt worden. Das ist, wie das Protokoll ergibt, durchaus unrichtig. Das Telegramm war der Abschluß der Verhandlungen. Es wäre ja auch vollständig töricht, nutzlos und unlogisch gewesen, wenn ich zu den Herren nach Köln gekommen wäre, um zu sagen: „Meine Herren! Ich komme, um zu verhandeln, ich verhandle aber bloß, wenn Sie an Engel telegraphieren und ihn abrufen.“ Also auch das ist absolut unzutreffend.“

Die Gewerkschaftsoberhäupter in Köln wollten also ihr Engländer deden; derweil sind sie mächtig unter die Räder gekommen. Es gibt nichts ekelhafteres im Gewerkschaftsleben, wenn mit Mitteln der Lüge, Falschheit und des sich Herausstreichens gekämpft wird. Wir haben es ja bei der Solnhöfener Aussperrung gesehen, wie diese eklatante Niederlage in einen Sieg umgemünzt wurde. Und wie traurig muß es mit einer Gewerkschaftsleitung bestellt sein, welche die Windbeutelerei Englands noch zu deden magt. — Anerkennung gebührt in uneingeschränkter Weise Herrn Fabrikinspektor Dr. Wittmann. Dieser Herr suchte zu vermitteln und schließlich in einer für die Christlichen angenehmen Weise. Aber Engel, fest seine unumkehrbare Preßkampagne ungeniert weiter und schaukelte sich und der christlichen Gewerkschaft das Grab immer tiefer. — Die Kammerverhandlungen in Karlsruhe haben gezeigt, mit welcher unfeinen Mitteln die Christlichen kämpfen. Und Engel bildet mit seinem süßhaften Gebaren etwa nicht eine Ausnahme. O nein, in seinen Fußstapfen tritt er noch andre — schwarze Mütter-männer, nur mit dem Unterschiede, daß sie die Regie geschickter inszenieren.

Herr Engel möchte sich das geflügelte Wort des englischen Lords Colway über Napoleon III. zu Herzen nehmen, welcher meinte: „Er spricht wenig, aber er lügt immer.“

Die christliche Gewerkschaftspresse wird natürlich den Engel schützen, aber sein Fall ist so tief, daß jeder Reinigungsversuch mißlingen wird.

Zum nächsten Verbandstag.

Eine Stimme vom Lande.

Um dem Wunsche des Kollegen Tennbusch-Düffeldorf nachzukommen, daß sich die Kollegen vom Lande über die Erwerbslosenunterstützung äußern möchten, sei hier folgendes über den Bayrischen Wald mitgeteilt: In unserm Gebiet stehen die Löhne viel zu niedrig, um eine Erhöhung der Beiträge durchzuführen. Die Beiträge müßten mindestens um 15 bis 20 Pfg. erhöht werden, sonst wäre die Hauptkassette zu arg geschrumpft. Die Arbeitslosigkeit herrscht größtenteils in den Großstädten im Winter, und wir „Baldler“ müßten dann bei tiefem Schnee, welcher bei uns im Winter im Ueberflusse liegt, täglich für 2 bis 2.50 Mark schuften, und der Großstädter bezahlt dann den Zins. Wenn wir oft unter den Witterungsverhältnissen und an Materialmangel leiden und viele Tage nichts verdienen, dann sind wir nicht arbeitslos und auch nicht unterstützungsberechtigt. Deshalb sollte aus Rücksicht der Kollegen in den Landgebieten von der „Erwerbslosenunterstützung“ Abstand genommen werden. Ich unterschreibe vollständig, was der Abgeordnete Bömelburg auf dem Verbandstage der Maurer ausgeführt hat, welcher warnte, daß die paar Unterstützungsfreunde endlich einsehen sollten, daß es im Baugewerbe nicht so ohne weiteres möglich ist, die Erwerbslosenunterstützung einzuführen. Auch der Arnoldsche Vorschlag ist völlig unbrauchbar und kann nicht im geringsten praktisch genannt werden. Wenn Arnold einmal in unserm Gebiete agitieren würde und die Lohnsätze kennen lernte, dann würde er sich gehütet haben, den niedrigsten Beitrag auf 60 Pfg. festzusetzen. Vielleicht hätte er dann seinen Vorschlag in der Schulde gelassen. — Die Redaktionswidmung gegenüber dem Arnoldschen Vorschlage teile ich vollständig.

Die Hilfsarbeiterfrage ist in der Zahlstelle Munkirchen erledigt; die meisten Hilfsarbeiter sind in unserm Verband. Allerdings hat es sehr viel Mühe gekostet, denn für diese Kollegen ist der 45-Pfg.-Beitrag zu hoch. Wir wollen aber nicht so superflüg sein und sagen, weil es uns hier glückt, muß es anderswo auch möglich sein, die Hilfsarbeiter ohne weiteres zu organisieren. Ein Beispiel: In der früheren Zahlstelle Bilschhofen traten die Pflasterer in den Streik. Die Hilfsarbeiter machten Lehrlinge, etliche Streikbrecher kamen dazu und so wurstelte der Unternehmer 6 Wochen fort und der Streik ging verloren. So kann es noch vielen Zahlstellen ergehen, wenn sie die Hilfsarbeiter nicht in den Verband aufnehmen. Es soll überhaupt eine niedrige Beitragsklasse eingeführt werden, nämlich eine zu 35 Pfg. Die Kollegen, die in diese Klasse zahlen, müssen sich selbstverständlich mit einer geringeren Unterstützung begnügen, die vom Verbandstag festgesetzt werden soll. Bei der Agitation ist es das beste Mittel, wenn eine vierte Klasse besteht. Das größte Augenmerk muß überhaupt auf die Agitation gerichtet werden. In vielen Gauen ist ein gewaltiger Rückgang der Mitglieder zu verzeichnen, wo doch noch Tausende zu gewinnen sind. Da dürfen keine Mittel gescheut werden. Zum Schluß ein Liedl dazu:

Drei Viertel Winter und ein Viertel kalt

So leben wir im Bayrischen Wald.

Munkirchen.

M. Leuzinger.

Die Erwerbslosenunterstützung undurchführbar.

Es wurde bereits so viel über die Erwerbslosenunterstützung in unserm Fachblatt geschrieben, daß es gar nicht nötig wäre, weitere Polemiken in diesem Punkte heraufzubeschwören. Nur einige Worte möchte ich mir erlauben, und zwar aus dem Grunde, weil sich Stimmen aus dem Fichtelgebirge noch nicht bemerkbar gemacht haben und diese Kollegen doch samt und sonders gegen die Erwerbslosenunterstützung sind. Warum? Weil gerade auch das Fichtelgebirge es ist, das durch Mitglieder-schwund den meisten Schaden bei einer nochmaligen Beitragserhöhung haben würde. Was die Erwerbslosenunterstützung selbst anbetrifft, so wäre sie wohl für manche Kollegen eine Wohlthat, aber nach einer solchen prozentualen Erhöhung der Beiträge, wie sie nach der Vorlage nötig wäre, ist es vollständig ausgeschlossen, daß einer solchen Unterstützung noch das Wort geredet werden kann. Es würden dadurch sehr minimale Vorteile für die einzelnen Kollegen herauskommen, wohl aber würde ein großer Schaden für den Verband entstehen. Wenn wir hier etwas erreichen wollen, so muß einmal der Anschluß der Hilfsarbeiter perfekt sein. Sind diese Leute angeschlossen und haben sich bei uns an Beitragshöhe und Unterstützungsform gewöhnt, so wird auch in dem Punkt Erwerbslosenunterstützung etwas zu holen sein.

Die Kollege K. in Nr. 9 vorschlägt, soll gleich eine Verschmelzung mit dem Bauarbeiterverband diskutiert werden. Ich glaube auch, daß diese Anregung sehr gut ist, denn auch wir müssen daran denken, uns mehr und mehr zu zentralisieren. Auch wird es wohl an der Zeit sein, beim Verbandstag die Reiseunterstützung anders zu regeln. Sollte die Reiseunterstützung nicht erhöht werden, so muß mindestens die Auszahlung in anderer Form geschehen wie bisher von 2 zu 2 Tagen. Ich habe ca. drei Jahre Reiseunterstützung ausbezahlt und habe bei der Gelegenheit die verschiedenen Mängel kennen gelernt. Zum Beispiel es kommt ein Kollege spät abends nach Plauen, er bekommt die Unterstützung erst am andern Tag ausbezahlt. Nächsten Tag spricht er in Plauen zu und bekommt keine Arbeit; was tut er noch in Plauen, er reist ab. Nun hat er vielleicht

von den 1.50 Mk. das Schlafgeld zu bezahlen, hat keinen leeren Magen einermachen befriedigt und das Geld geht mit zur Reize; abends kommt er in Hof an, selbstverständlich ohne Geld und mit ziemlichem Appetit. Was macht er nun? Er ist unwillkürlich gezwungen, die Herberge zur Heimat aufzusuchen, um wenigstens Nachtlager zu haben. Am nächsten Tage blüht ihm das selbe Schicksal, denn der Weg von Hof nach Bayreuth ist ebenfalls zu weit, um denselben in einem Tage bewältigen zu können.

Es wäre besser, wenn die Erwerbslosenunterstützungsfreunde mehr auf das Kapitel der Reiseunterstützung eingegangen wären. Der Reisende, der sich oft wochen- und monatelang auf der Landstraße herumzutreiben hat, wäre sehr froh, wenn ihm eine etwas höhere Unterstützung zuteil würde.

Hans Rufner, Hof.

Die Löhne der Schweizer Steinarbeiter.

An der statistischen Erhebung beteiligten sich 444 Arbeiter, darunter 334 Sandsteinhauer, 21 Marmorarbeiter, 15 Pflasterer, 5 Bildhauer, 43 Steinbrecher und 26 Hafner.

Diese 444 Mann verdienen zusammen 698 089.54 Frank, somit pro Mann im Durchschnitt 1572.27 Frank. Der einzelne verdient somit pro Tag (zu 300 Arbeitstagen gerechnet) 5.24 Frank. Der Durchschnittslohn auf die einzelnen Berufs-kategorien nach effektiven Arbeitstagen ergibt folgendes Bild:

Beruf	Jahres-durchschnitt	Durchschnitts-Tagelohn
Steinhauer	1594.32	7.18
Marmorarbeiter	1705.38	6.09
Pflasterer	2028.92	7.58
Bildhauer	1653.68	9.14
Steinbrecher	944.05	4.68
Hafner	1742.04	6.41

Der Durchschnittsverdienst pro Arbeitstag ist demgemäß gegenüber dem Jahre 1908 etwas gestiegen bei den Steinhauern, Pflasterern und Hafnern, gesunken hingegen bei den Marmorarbeitern und Steinbrechern.

Die Löhne nach Orten und Berufen zusammengestellt ergeben folgendes Resultat:

Beruf	Ort	Durchschnitts-Jahresverdienst	Durchschnitts-Tagelohn	Durchschnittsverdienst für den wirklichen Arbeitstag	
Sandsteinhauer	Zürich	1639.91	7.45	7.05	
	Bern	1275.10	6.47	5.21	
	St. Gallen	1819.89	6.76	7.90	
	Basel	1729.74	7.27	8.12	
	*Schaffhausen	1855.77	8.45	9.07	
	Rägenwil	1929.20	7.78	9.64	
	Rorschach	1444.91	5.72	6.44	
	St. Margrethen	1580.—	6.85	7.63	
	*Ebnet-Kappel	2044.80	7.38	7.77	
	Baden	1710.04	5.37	7.77	
Marmorarbeit.	Basel	1960.—	6.80	—	
	Neuenburg	1860.20	6.42	5.64	
	St. Gallen	1670.99	5.72	—	
	Zürich	1655.47	6.16	—	
	Bern	1420.70	9.51	9.38	
	Basel	1809.—	8.91	9.28	
	Pflasterer	Bern	1819.25	7.06	—
		Basel	2379.94	6.48	11.97
		Buchen	944.05	4.69	4.26
		Zürich	1716.17	6.45	7.80
Steinbrecher	Hafner	1450.14	—	4.88	
	Emmishofen	1699.81	6.10	6.78	
	Bern	1929.90	6.55	7.07	
	Winterthur	1722.20	6.81	—	
	St. Gallen	1850.41	6.57	6.53	

* Von diesen zwei Orten wurden nur sehr wenige Angaben gemacht, so daß das hier angeführte Resultat nicht als maßgebend bezeichnet werden kann.

Da wo unter Durchschnittsverdienst im Afford sich Striche befinden, bedeutet dies, daß in jenen Orten nur im Tagelohn gearbeitet wird. Wenn bei den Marmorarbeitern und Hafnern der Jahresdurchschnitt auf mittlerer Stufe steht, jedoch der Durchschnitt pro effektiven Arbeitstag nicht so hoch ist, wie in andern Berufen, so kommt dies daher, weil diese zwei Berufe weniger mit Arbeitslosigkeit zu rechnen haben.

Interessant ist, bezüglich der Sandsteinhauer einige Orte anzutreffen, wo der Durchschnittsverdienst im Tagelohn sich höher stellt als derjenige im Afford, ein Zeichen, daß es eben unrichtig ist, wenn noch behauptet wird, daß bei Tagelohnarbeit geringere Verdienste erzielt werden. Vergleichen wir die Durchschnittsverdienste mit unserem Ergebnis der letzten Periode, so sehen wir, daß derselbe für folgende Orte und Berufe sich steigerte:

Beruf	Ort	Erhöhung
Steinhauer	St. Margrethen	um .14 pro Arbeitstag
	Basel	„ .90 „
	Schaffhausen	„ 1.57 „
Marmorarbeiter	St. Gallen	„ .38 „
	Zürich	„ .42 „
	Basel	„ 1.18 „
Pflasterer	Bern	„ .21 „
	Zürich	„ .40 „
	Winterthur	„ .35 „
Hafner	Emmishofen	„ .31 „
	—	„ — „

während er für folgende Orte um angeführte Beträge gefallen ist:

Beruf	Ort	Erhöhung
Steinhauer	Zürich	um .10 pro Arbeitstag
	Bern	„ .10 „
	Winterthur	„ .21 „
Steinbrecher	Rorschach	„ .12 „
	Buchen	„ .16 „

An der Statistik beteiligte sich $\frac{1}{4}$ der Mitglieder des Verbandes. Gäßen sich die übrigen $\frac{3}{4}$ Prozent der Mitglieder an den Erhebungen beteiligt, dann wäre das Bild etwas zutreffender, denn in der Statistik kommen nur die höheren Löhne zum Ausdruck.

Gautag für den Bezirk Karlsruhe.

Am 6. und 7. März tagte in Karlsruhe die Konferenz des 9. Gaues. Beschied war dieselbe von 28 Zahlstellen mit 33 Delegierten. Die Gauleitung war durch die Kollegen Braun und Degenhardt, der Zentralvorstand durch den Kollegen Starke vertreten. Ins Bureau wurden die Kollegen Braun und Schäfer-Strasbourg als Vorsitzende, Droll-Mühlhausen und Unger-Colmar als Schriftführer sowie Lachmann-Karlsruhe als Führer der Rednerliste gewählt.

Zur Eröffnung der Sitzung erkante der Gesangverein „Gleichheit“-Karlsruhe die Delegierten durch etliche Gesangsstücke.

Der Bericht der Gauleitung lag den Delegierten gedruckt vor und wurde noch durch den Gauleiter Kollegen Braun in längerer Ausführungen ergänzt. Hervorzuheben ist, daß die Mitgliederzahl im Gause etwas gestiegen ist gegenüber dem Vorjahre. Die Fluktuation ist leider immer noch eine sehr große, wozu wohl die Tatsache, daß in einigen Zahlstellen sehr viel mit Italienern zu rechnen ist, beitragen mag. Die Arbeitslosigkeit war groß und hatte in verschiedenen Gebieten einen Grad erreicht, wie er seit Menschengedenken noch nie zu beobachten war. Von Lohnbewegungen blieben wir nicht verschont, da die Unternehmer die Krise für sich ausnützten. Wenn es auch nicht überall gelang Erfolge zu erringen, wurde doch manche zuge dachte Verbesserung nicht in vollem Maße durchgeführt. Die Bundes-

ratsverordnung wird leider immer noch nicht überall eingehalten und dürfte der 9. Gau im Punkt Umgehung wohl an der Spitze von ganz Deutschland marschieren. Auch im badischen Landtag wurde einer dahin zielenden Petition nicht die genügende Beachtung geschenkt, selbst der Redner der sozialdemokratischen Fraktion hat dieselbe nur mit einem Satz gestreift. Es ist dieses sehr zu bedauern, da es sich doch um Leben und Gesundheit von Tausenden von Arbeitern handelt. (Wie heißt denn dieser weit-sichtige Abgeordnete? Redaktion.)

Ein Antrag, alle Halbjahr den Zahlstellen einen Bericht über die Tätigkeit des Gauleiters zuzustellen, wurde angenommen.

Ueber den Punkt Organisation und Agitation referierte Braun in zweifelhafte Ausführungen. Leider konnten, wegen Mangel an Zeit, fernstehende Gebiete nicht in er-wünschter Weise bearbeitet werden. Das elsass-lothringische Bruchgebiet ist ganz vernachlässigt worden. Im Maulbronner Gebiet, im Zabergäu, im Schwarzwald in Württemberg, im Oberelsaß wäre noch viel zu holen, wenn Zeit vorhanden wäre. Auch die Hilfsarbeiter müssen gewonnen werden, wenn wir bleibende Erfolge erringen wollen. Die Erwerbslosenunterstützung könne noch nicht eingeführt werden, wenn wir die Agitation nicht lahmlegen wollen, da in den zurückgebliebenen Gegenden mit hohen Beiträgen die Kollegen nicht zu gewinnen sind.

Die Debatte zu diesem Punkte war eine sehr ausgiebige. Von verschiedenen Seiten wurde eine Regelung im Gause dringend gewünscht, da dieses Gebiet mit seiner ausgedehnten Stein-industrie für eine Kraft entschieden zu groß sei. Kollege Starke glaubt, daß es nicht gut angängig sei, weitere Kräfte anzustellen, da der Erfolg mit den Beamten den Kollegen noch nicht die gewünschte Vorwärtsentwicklung brachte. Es wurde in der Debatte weiter angeführt, daß wir nicht die seien, welche auf Kosten der übrigen deutschen Kollegen für die Agitation Mittel beanspruchen. Die Anträge auf Anstellung von Bezirksleitern wurden in nachstehender Resolution zusammengefaßt: „Die am 6. und 7. März in Karlsruhe tagende Gauleitung des 9. Gaues (Karlsruhe) hält die Anstellung einer weiteren besoldeten Kraft für den Gau für unbedingt erforderlich. Für alle Zahlstellen des Gaues, die nicht in den Bruchdistrikten liegen, ist es geradezu eine Lebensfrage, daß die Organisation in den Bruchdistrikten gestiftet wird. Bei der Mahregelungswut der Unternehmer ist es fast gänzlich ausgeschlossen, daß ein von den Unternehmer abhängiger Kollege die gewonnenen Gebiete so bearbeiten kann, wie es im Interesse des ganzen Verbandes und der städtischen Zahlstellen notwendig ist. Die geographische Ausdehnung des Gaues über drei große Bundesstaaten mit ausgedehnter Steinindustrie schließt es aus, daß die nötige Bearbeitung des Gaues von einem Beamten bewältigt werden kann.“

Ein Antrag, der dem Verbandstag empfiehlt, die Erwerbslosenunterstützung im Interesse der Agitation abzulehnen, wurde ebenfalls gegen zwei Stimmen angenommen. Einem Antrage, eine niedrigere Beitragsklasse für die Hilfsarbeiter einzuführen, wurde geschlossen zugestimmt.

In Punkt Lohnbewegung führt Kollege Braun an, daß in vielen Fällen diese nicht genügend vorbereitet seien. Unbedingt erforderlich ist, daß die Zahlstellenverwaltungen in Zukunft mehr Wert auf statistisches Material legen. Lebensmittelpreise, Wohnungsmieten und derartige müße gesammelt werden, um Vergleiche ziehen zu können. Die Tatsache haben wir zu verzeichnen, daß fast alle im Gau bestehenden Tarife Stundenlohn-tarife seien. Welches System das bessere ist, können wir nicht bestimmen, da jedes seine Vorzüge, aber auch seine Nachteile hat. In einigen Orten mit Stundenlohn wird gerade so anstrengend gearbeitet, als wie in den Orten, wo Affordtarife bestehen.

Im Punkt Verschiedenes wurde beschlossen, daß jede Zahlstelle am Jahresabschluss eine Jahresabrechnung aufzustellen hat, die auch das Verzeichnen- und Markenkonto enthalten muß. Dieses muß in einem Exemplar der Gauleitung überhandt werden. Joseph Droll, Schriftführer.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Als Kandidaten zum Verbandstag sind bisher aufgestellt worden:

2. Kreis: Alwin Lehmann-Kiel und Hermann Lay-Roßdorf.
7. Kreis: Joseph Frank-Winschelburg
12. Kreis: Seidel, Lehner, Rehschu, Fückel und Adler.
13. Kreis: Paul Fontana-Mittweida.
14. Kreis: Barthel-Chemnitz.
16. Kreis: Karl Förschel-Naumburg.
20. Kreis: Karl Fricke-Königs-Lutter.
25. Wahlkreis: Mengeß-Frankfurt a. M.
27. Kreis: M. Arnold-Mannheim.
29. Kreis: Joseph Droll-Mühlhausen.
30. Kreis: Karl Hahn-Göppingen.
33. Kreis: Nikolaus Weiland-Kiefernfelden.
35. Kreis: Baptist Schmaß-Blumberg.
36. Kreis: B. Gniehtel-Riederlamitz.
37. Kreis: Schmidt-Bayreuth.
38. Kreis: Heinrich Hoffmann-Selb.
42. Kreis: Joseph Klingenberg-Feggenbach.

Korrespondenzen.

Verdingen. Am 20. Februar tagte hier eine außerordentliche Bezirksversammlung. Zu Punkt 1 führte Kollege Braun das Verhalten der bürgerlichen Parteien den Kollegen klar vor Augen, wie diese immer darauf ausgehen, die Rechte der Arbeiter zu schmälern und zu drücken. Zu Punkt 2 entspann sich eine lebhaft Diskussion. Dabei wurde das Verhalten des Herrn Treutle aus Kürnberg stark getadelt, weil er den von ihm unterschriebenen Tarifvertrag hintergeht. Dabei gibt es noch Kollegen, welche sich mit 2 Mark Tagelohn begnügen müssen. Wir aber werden dafür sorgen, daß dem Herrn Treutle die Bäume nicht in den Himmel wachsen. Ferner wurde beschlossen, in diesem Jahre eine Raifeier abzuhalten, und zwar in Sternensfeld, was von der Versammlung einstimmig angenommen wurde. Die Versammlung nahm einen ruhigen Verlauf. Hoffen wir, daß auch die nächste so verläuft.

Dortmund. Da in der letzten Zeit die Anfragen betreffs Arbeitslosigkeit bei der Firma Westdeutsche Marmor- und Granitwerke, Aktiengesellschaft Dortmund, sowie auch bei Kollegen immer häufiger werden, so finden wir es für angebracht, dieses Eldorado mal näher zu beleuchten. Seit Beendigung des Streiks am 24. August letzten Jahres sind die hiesigen Kollegen sozusagen richtig eingeeignet. Aufträge hatte die Firma fast keine und Wochenlöhne von 15, 20 und 25 Mk. gehören bis zum heutigen Tage zur Tagesordnung. Diesem die Krone aufzusetzen, kündigte die Firma anfangs Januar eine 17prozentige Lohnreduktion durch Anschlag an, was jedoch durch sofortiges Eingreifen der organisierten Kollegen zum größten Teil vereitelt wurde. Trotzdem betrug die Reduktion durchschnittlich immer noch 6 Prozent, was wir notgedrungen annehmen mußten, um ernsteren Folgen aus dem Wege zu gehen. Jetzt trägt sich die Firma sogar mit dem Gedanken, Ueberstunden machen zu lassen, natürlich ohne Zahlung des Zuschlags. Bemerkenswert ist, daß Aufträge schon vor Weihnachten vorlagen, angeblich es aber an Material fehlte und dieserhalb die Kollegen hummeln mußten, weil eben keine Arbeit da war. Jetzt soll jedoch alles schnell fertig werden, ja man ließ die Steinhauer tagelang ohne Werkzeug stehen, weil der Werkzeugschmied Reparaturarbeiten machen mußte. Bei der Beschwerdeführung wurde uns die Antwort zuteil: „Ihr habt uns im Sommer ja auch kein lassen.“

und die Reparaturen gehen vor." Lohnstreiktreitern mit den Polieren stehen auf der Tagesordnung, Unterkunftsräume sind verengt. Die Kollegen sind gezwungen, ihre Pausen am Werkstück zu halten. Obwohl man tagelang auf Arbeit warten mußte, wird ein etwaiges Zusammentreffen mit 50 Pfg. Strafe belegt. Trotz dieser Mißstände haben wir noch eine große Anzahl Indifferente, worunter auch solche sind, die während des Streiks gemüthlich Streikunterstützung einsteden, um dann der Organisation den Rücken zu kehren. Wir erlauben dieserhalb, Arbeitsangebote dieser Firma abschlägig zu bescheiden und Zugang bis auf weiteres nach hier zu meiden.

Frankfurt a. M. Nachdem bereits in einer außerordentlichen Mitgliederversammlung im März beschloffen wurde, dieses Jahr in eine Lohnbewegung einzutreten, besahe sich unsere letzte gut besuchte Versammlung am 8. März im Gewerkschaftshaus mit den Forderungen, welche die Marmorarbeiter zu stellen gewillt sind. Die Verhältnisse in den hiesigen Marmor- und Grabsteingeschäften sind im Vergleich zu denen anderer Städte die denkbar schlechtesten. Während in fast allen deutschen Großstädten auch in der Marmorbranche die neunstündige, ja in vielen Städten eine bedeutend niedrigere Arbeitszeit eingeführt ist, wird in den hiesigen Betrieben noch 9 1/2 Std. gearbeitet. Eine einzige rühmliche Ausnahme macht die Firma Holländer, welche die neunstündige Arbeitszeit jedenfalls auch zu ihrer vollen Zufriedenheit schon vier Jahre eingeführt hat. Ausnahmen machen ja teilweise auch andre Geschäfte, aber nur im Winter bei flauem Geschäftsgang, wo dann die Arbeitszeit auf 7 Std. reduziert wird, während bei gutem Geschäftsgang Ueberstunden und Sonntagsarbeit zur Regel geworden sind. Die Stundenlöhne der Marmorhauer schwanken zwischen 48 und 60 Pfg., die Differenz ist somit recht groß, die Löhne der Schleifer schwanken zwischen 40 und 55 Pfg. Die Lebensverhältnisse sind hier genau so teuer wie in Berlin. Als Hauptgrund dieser schlechten Verhältnisse kann hauptsächlich das Fehlen eines jeglichen Lohntariffs angesehen werden. Um diesem Uebelstand endlich abzuhelfen, ist in unsern Forderungen hauptsächlich die einheitliche Einführung der neunstündigen Arbeitszeit vorgesehen, als Basis für die spätere Einführung eines einheitlichen Lohntariffs. Der Lohnausfall der halben Stunde soll durch eine gleichmäßige Erhöhung des Stundenlohnes um 4 Pfg. für alle Arbeiter wieder gedeckt werden. Eine gleichmäßige Vergütung für Ueberstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit sowie für Arbeiten auswärts ist in unsern Forderungen ebenfalls vorgesehen. Die Organisationsverhältnisse in der Marmorbranche sind in der letzten Zeit ziemlich gut geworden. Deshalb Kollegen, tut Eure Pflicht! Die Firma Holzmann hat ihren Werkplatz, da der hiesige von der Stadt zu dem neuen Dithaengebiet aufgegeben wurde, nach Jfenburg auf heftiges Gebiet, eine Stunde von hier, verlegt, die Ueberfiedelung soll schon nach Ostern erfolgen. Letzte Woche wurden nun ungefähr 10 neue Arbeitereinstellungen vorgenommen; jedenfalls ist die Firma bestrebt, mit allem Nachdruck hier die Arbeit vollends fertig zu stellen, um dann in Jfenburg freie Hand zu haben. Daß kein guter Wind weht, beweist schon die Tatsache, daß der Stundenlohn im Tagelohn auf dem Werkplatz um 5 Pfg. gekürzt wurde. Darum, Kollegen vom Platz Holzmann, seid auf Eurer Hut!

Königsberg i. Pr. Am 8. März fand unsere Monatsversammlung im Restaurant Herrn Schnee statt. Als 1. Punkt der Tagesordnung war die Tarif- und Lohnfrage angelegt. Diese ist an und für sich schon wichtig, aber trotzdem haben besonders die Schleifer der Firma Pex den Mut schon vorher verloren und dem Verband den Rücken gekehrt; denn die Firma Pex versteht es ausgezeichnet, die Kollegen am Narrenseil zu führen und zeigt auch bei jeder Gelegenheit ihren Herrenstandpunkt. So wurden bei dieser Firma sämtliche Kollegen nach Weihnachten drei Wochen lang ausgesperrt, mit der beliebten Ausrede, daß keine Arbeit vorhanden sei. Jetzt läßt dieselbe Firma für 8-10 000 Mark fertige Denkmäler kommen, um den Bedarf decken zu können. Da bis jetzt auf beiden Plätzen Pex und Eckart wilder Afford bestanden, so sprachen sich sämtliche Redner für schnellste Tarifvorlage aus. Der Tarif wird beiden Firmen am 15. März vorgelegt mit einer vierwöchigen Verhandlungsfrist, also bis zum 15. April. Ebenso wünschten mehrere Kollegen, daß der Zugang nach Königsberg fernzuhalten ist; denn es werden alljährlich Kollegen hierher nach dem trostlosen Osten gelockt, um leider im Herbst wieder zum Wanderstab greifen zu können. Es möge auch hier nochmals gesagt sein, daß arbeitssuchende Kollegen, ehe sie hier in Arbeit treten, bei der Ortsverwaltung um Auskunft über die hiesigen Verhältnisse nachfragen. Der 2. Punkt der Tagesordnung war Wahl eines Delegierten zur Gaukonferenz. Es wurde lebhafteste Debatte geführt; in dieser wurde hervorgehoben, daß der Kassenbestand zurzeit kein günstiger sei, um große Reisevergütung zahlen zu können. Die Entscheidung über diesen Punkt wurde zur nächsten Versammlung zurückgestellt. Im Punkt 3, Verschiedenes, war nichts von Belang.

Löbau. Die bei der Firma Kumpf beschäftigten Kollegen sind seit Bestehen der Firma bestrebt, ein geregeltes tarifliches Arbeitsverhältnis herbeizuführen. Bis jetzt ist immer dieser Wunsch an dem hartnäckigen Widerstand des Herrn Kumpf gescheitert. Durch Verpöndungen und sonstige Machinationen verstand er es, das Vorhaben der Kollegen zu durchkreuzen. Am 4. März wurde nun von seiten der Kollegen ein neuer Steinmetz- und Schleifertarif der Firma zur Annahme unterbreitet. Wer geglaubt hatte, daß Herr Kumpf seinen Widerstand, einen Tarif zu unterschreiben, geändert hatte, sollte sich irren. Sofort bei der ersten Unterhandlung erklärte er, eine Unterschrift rundweg abzulehnen zu müssen. Somit war wiederum die Angelegenheit in Frieden zu regeln, gescheitert. Die Kollegen sind aber ernstlich bestrebt, ihr berechtigtes Verlangen durchzuführen, und es reichen sämtliche somit am 12. März ihre Kündigung ein. Die Kollegen von Löbau haben das feste Vertrauen zu den Steinarbeitern, daß sie ihre Solidarität und Unterstützung dadurch beweisen, daß Zugang von Steinmetzen und Schleifern zu der Firma Kumpf bis auf weiteres streng fernzuhalten ist.

Schwarzenbach. In der am 6. März in der Vereinshalle stattgefundenen sehr gut besuchten Versammlung referierte Gausleiter Mittenmeier über die Wirtschaft der Gegenwart. Unterem 2. Punkt wurde beschloffen, nur einen Delegierten zur Gaukonferenz nach Regensburg zu senden. Beim 3. Punkt wurde beantragt, zum Verbandstag keinen Delegierten aufzustellen, sondern den selber Kandidaten zu unterstützen, was auch angenommen wurde. Des weiteren wurde beschloffen, an den Verbandstag folgenden Antrag zu stellen: „Der Verbandstag möge beschließen: Die Beitragszahlung wird so geregelt, daß nur 40 Beiträge das Jahr zu zahlen sind. Für die übrige Zeit sind Erwerbslosenmarken zu kleben.“ Zum Kassieren der Kartellbeiträge wurde für jede Werkstätte ein Kollege aufgestellt. Unter Verschiedenem kamen mehrere Mißstände zur Sprache, welche sich in letzter Zeit recht unliebsam bemerkbar machen. Bittere Klage wurde über den Maschinenpolier Henkel geführt, der gegen einige Arbeiter so rigoros auftritt, daß für dieselben bald kein anderer Ausweg mehr übrig bleibt, als ihrer Arbeitsstätte Lebewohl zu sagen. Aber nur gemacht, Herr Henkel, wir haben schon noch Mittel, Sie in Ihre Schranken zurückzuweisen. Ganz besonders wurde geklagt über die Verteilung der Stücke, wie es scheint, nur um Uneinigkeit unter die Kollegen zu bringen. Letzteres trifft auch bei den Steinmetzen zu. Bei dem gegenwärtigen schlechten Geschäftsgang trifft ja die Ungunst des Poliers manchen Kollegen um so schwerer, aber es wehen auch einmal wieder andre Winde, und wenn dann die Kollegen ihre Wege gehen, wie ihnen jetzt schon öfter bei Differenzen freigestellt wurde, dann muß es eben auch manchem Angestellten recht sein.

Rundschau.

Ein Steinarbeiter Landtagskandidat. Im Wahlkreis Weidenburg (Mittelfranken) wurde unser Kollege, der

Lithographiesteinarbeiter Böhm als sozialdemokratischer Landtagskandidat aufgestellt. Es ist nur zu begrüßen, daß in dem großen Lithographiesteinbeber der sozialdemokratische Kandidat aus den Reihen der Steinarbeiter entnommen wurde. Wir haben noch mehrere große Steinbruchsgebiete, wo die Kollegen bei der Vergabung von Kandidaturen ausschlaggebend sind. — Aber die Steinarbeiter sind meist zu bescheiden — daß sie diesen Einfluß nicht ausüben. Es ist bedauerlich, daß dies gesagt werden muß.

Nach deutschem Muster. Die Zentralisation der englischen Gewerkschaften macht rasche Fortschritte. Ende 1907 wurden vom englischen Arbeitsamt insgesamt 2406 746 Mitglieder in nicht weniger wie 1173 selbständigen Gewerkschaften gezählt. Dies erscheint auf den ersten Blick als eine grenzenlose Zersplitterung, doch sind alle diese Gewerkschaften, abgesehen von ganz unbedeutenden Ausnahmen, wiederum größeren Landes-, Industrie- oder Berufszentralen angeschlossen. Solcher „Verbände der Verbände“ gab es Ende 1907 insgesamt 106 mit 2800 000 Mitgliedern. (Manche Gewerkschaften gehören mehreren Gewerkschaftsverbänden zugleich an.) Dies bedeutet eine Zunahme von 900 000 Mitgliedern seit 1904, während die Mitgliederzunahme aller bestehenden Gewerkschaften im gleichen Zeitraum nur 500 000 betrug, so daß also mindestens noch 400 000 von den schon früher gewerkschaftlich organisierten sich zu größeren Verbänden zusammenschlossen. So wurden derartige Gewerkschaftsverbände in den letzten drei Jahren neu gegründet in der Textilindustrie, Metallindustrie, Holzindustrie, sowie für Farmer, Handlungsangestellte und ungelernete Arbeiter. Diese sechs Zentralorganisationen zählen fast eine halbe Million Mitglieder. Die größten Organisationen sind jedoch die Gewerkschaftsverbände der Bergarbeiter (460 000 Mitglieder), der Maschinenbauer und Schiffbauer (320 000 Mitglieder), sowie die General Federation of Trade Unions. Diese letztere Organisation stellt die eigentliche gewerkschaftliche Landeszentrale Englands dar, wenngleich ihr Hauptzweck zurzeit die Gegenseitigkeitsversicherung der angeschlossenen Organisationen gegen Streiks und Aussperrungen ist. Sie zählte an Mitgliedern Ende 1904 400 000, Ende 1907 600 000 und Ende 1908 über 700 000. Dem internationalen Sekretariat der gewerkschaftlichen Landeszentralen (Berlin) gehört nur diese Organisation an, doch unterhalten auch manche andere Verbände ständige Verbindungen mit den Gewerkschaften des Auslandes.

Die Christen unter sich. Nach Kir chen (Siegerland) wurde kürzlich ein neuer katholischer Pfarrer versetzt. Die Fachabteiler hatten nun vernommen, daß der Pfarrer ein Anhänger der christlichen Gewerkschaftsbewegung sei (Glabbacher Richtung). Nun zogen die Fachabteilungsmänner vom Leder, um den neuen Geistlichen loszuwerden. Einige Macher pilgerten zum Bischof nach Trier, wieder andre bestürmten die Koblenzer Regierung, damit nach Kir chen ein anderer Geistlicher käme. Die Schäflein in der Gemeinde mußten eine Petition unterzeichnen, und beim Unterschriften sammeln wurde der Pfarrer schamlos verächtigt, wie die schwarze „Metallarbeiterzeitung“ schreibt: „Was alles an Verleumdungen und Verdrehungen gegen den Pfarrer geschehen ist, dieses niederzuschreiben fräubt sich die Feder.“ So bekämpfen also die Katholiken selbst ihre Geistlichen. Aber trotzdem wird weitergeschwindelt, die freien Gewerkschaften seien die größten Religionsfeinde.

Der Teufel Dittu hat wiederum einen katholischen Pfarrer verführt. In Kolbermorr (Oberbayern) hat Pfarrer Scheuer einen Meineid geleistet. Er ist Vater eines Kindes, leugnete allerdings die Vaterschaft und ließ sich sogar noch eine Meineidsverleumdung zuschulden kommen. Scheuer hat die Flucht ergriffen. In Bayern bröckelt es unter der Geistlichkeit somit sehr gewaltig.

Große Unterschlagungen beging der katholische Pfarrer Münsterer in Bonndorf (Oberpfalz). Geschädigt sind der Raiffeisenverein, die Kirchenkasse und Private. Insgesamt fehlen 200 000 Mark. Münsterer hat die Flucht ergriffen.

In Treprow. Die Berliner Arbeiter haben mit ihrer Rieselendemonstration im Tiergarten den Polizeipräsidenten Jagow vor der ganzen Welt lächerlich gemacht. Sehr schön versteht es Gottlieb im „Tag“ über den Polizeigewaltigen zu zeigen. Gottlieb dichtete nachstehende drei Strophen, welche die Situation geradezu treffend kennzeichnen:

Was glänzt dort vom Walde im Sonnenschein?
Die glühende Fiedelhauben
Umstarrt es dränend den grünenden Hain,
Und finster schauen die Männer darein,
Und feurige Roffe schrauben.
Und wenn ihr, die blauen Gesellen fragt —
Das ist Jagows wilde verwegene Jagd.

Die Flur ist still, und der Wald ist leer,
Bann läßt wohl der Feind sich bliden?
Es gähnen die wackeren Streiter im Heer,
Sie haben am Wauche ein Schießgewehr,
Und einen Säbel am Rücken.
Und wenn ihr die blauen Gesellen fragt —
Das ist Jagows wilde verwegene Jagd.

Indessen beginnen sich in Berlin
Die Massen des Volkes zu stauen.
Was macht denn die Scharen der Roten so kühn,
Daß sie in Trupps durch die Straßen ziehn?
Nanu, wo find denn die Blauen?
Und wenn ihr die lachenden Ordner fragt —
Jagows Jäger sind in Treprow zur Jagd.

Frühling.

Willkommen, o Frühling, o selige Lust,
Wie weitet sich da des Steinmetzen Brust,
Wie rinnt durch die Adern viel schneller das Blut,
Wie hebt sich da wieder der gesunkene Mut,
Wie zuckt in den Fingern, den Knüppel zu führen.
Nach wochenlangem Feiern die Kraft zu probieren,
Vorbei nun der Winter mit seiner Not,
Vorbei nun die Sorge ums tägliche Brot.
O Frühling, o Frühling, o selige Lust,
Du pflanzt neuen Mut in des Steinmetzen Brust.
Jenny Horn, Hamburg.

Literarisches.

Kleinwohnhäuser. Praktische Anleitung und Musterbeispiele für den Bau billiger Ein- und Mehrfamilienhäuser für Arbeiter, Kleinhandwerker, Beamte usw. durch Private, Bauvereine und Genossenschaften. Mit einer Anweisung zur Gründung gemeinnütziger Bauvereine in Stadt und Land, bearbeitet von Landeswohnungsinспекtor Greshel. 96 Seiten mit mehr als 100 Ansichten und Grundrissen von Ein- und Mehrfamilienhäusern. Preis 1.80 Mk., gebunden 2.40 Mk. (Porto 20 Pfg.) Westdeutsche Verlagsgesellschaft in Wiesbaden 25. — Die zeichnerische Durchbildung der einzelnen Gebäude muß als sehr gediegen bezeichnet werden.

Quittung.

Eingegangene Gelder vom 7. bis mit 12. März 1910. (Die vor den Zahlen stehenden Buchstaben bedeuten: B. = Beitragsmarken, E. = Eintrittsmarken, K. = Kranken- und Erwerbslosenmarken, M. = Material, Ab. = Abonnement, Ins. = Inserate, X. = Extrabeuer.)

Flossenburg, B. 63.—, K. 4.90. Meissen II, D. 2.50. Seipzig (Groß), Erf. 0.25. Guben, B. 0.90. Silber Brarup, B. 4.80. Bielefeld, D. 2.55. Göttingen, B. 46.—, K. 7.50.

Offenbach, K. 20.—. Schöpfung, B. 33.82, K. 32.10. Oberstein, B. 44.16, K. 1.—, M. 1.50. Oldenburg, B. 92.—, K. 10.—. Nürnberg, B. 920.—, E. 27.50, K. 50.—. Mittelsteine, B. 184.—, K. 10. Ramens, B. 210.—, E. 4.—. Jena, B. 92.—, K. 8.—, M. 0.40. Peppenheim, B. 420.—. Honheim, B. 7.22, E. 9.50. Berlin, B. 920, K. 80.—. Wittweida, D. 2.50. Hamburg II, D. 2.50. Barel, B. 7.30. Dziergowitz, B. 4.95. Starlow, B. 4.40. Jhringen, B. 4.50. Siegnitz, B. 8.—. Demitz, B. 336.—, Erf. 0.25, K. 20.—. Löbau, B. 346.70. Neujorg, B. 92.—. Zweibrücken, B. 63.—, E. 0.50, K. 0.70. Ziegelanger, B. 42.—, K. 20.—. Danzig, B. 2.30, K. 0.70. Vangensalza, D. 2.50. Brüß, Ab. 1.20. Bafel (Sigl), Ab. 1.20. Peine, B. 5.45. Abainville, B. 9.43. Eppingen, B. 7.98, K. 3.—. Görtitz, B. 114.—, M. 2.50. Kirchberg, B. 252.—, K. 50.20.

Ludwig Geist, Kassierer.

Allgemeine Bekanntmachungen.

Dörsenburg. Der Kollege Wilhelm Schuhmacher aus Leonbronn möge sofort wegen dringender Angelegenheit an Unterzeichneten seine Adresse einsenden.

Riesja. Die Reiseunterstützung zahlt aus Paul Bruy, Bismarckstraße 18.

Strehlen. Die Reiseunterstützung zahlt aus Joh. Barta, Steinweg 3.

Neue Zahlstellen.

Honheim (Krs. Alzen) (S. Gau). Vors.: G. F. Kaiser. Kass.: Karl Böhler II.

Gommern (S. Gau). Vors. und Kass.: Heinrich Verhe, Brauhausstraße 28.

Adressen-Änderungen.

Altleinigen. Vors. und Kass.: S. Spuler. Ehringsdorf. Vors.: Louis Barth. Kass.: Bernhard Kämpfe.

Regensburg. Vors.: Franz Meier, Steinweg 30. Kass.: Haus Riepel, Lederergasse 127, II. — Reiseunterstützung wird beim Kassierer ausbezahlt.

Riesja. Kass.: Alfred König, Gröba bei Riesja, Meestraße 27, I.

Briefkasten.

Martileuthen. Es müssen auch andere Berichte gekürzt werden. — D. Eine schwarze Granitplatte mit den Maßen 65 x 50 cm, 3 cm Dicke, dürfte 35-38 Mk. kosten. Ohne Schrift natürlich. — C. Die Mitteilung hat für uns keinen Wert. — Kn. In diesen heiligen Hallen kennt man die Rache nicht. Besten Gruß — Königsbrück. Das Inserat kostet 1.20 Mk. — Schmahl. Wende Dich an die Zahlstelle Hilkrup. — Baugen. Auf die Berichte über die Sperren können wir nicht verzichten. — G. S. Deine Beschwerde ist bei der Zahlstelle Konstanz anzubringen. — Hildesheim. Bitte nähere Adresse angeben. — N. B. Den Bezirkstarf für den Odenwald wird Dir Kollege Xaver Fischer in Kirchhausen bei Peppenheim sehr gerne überfenden. — A. R. Leider können wir dir die gewünschte Adresse nicht übermitteln.

Anzeigen

Steinarbeiter von Striegau u. Umg.

Sonntag, den 20. März, nachmittags 3 Uhr
Grosse Distrikts-Versammlung
im Fürsten Bismarck bei Sauerz.

1. Bericht von der Gaukonferenz. 2. Stellungnahme zum Verbandstage, Erörterung von Anträgen und Aufstellung der Kandidaten zum Verbandstage. 3. Stellungnahme zur Kündigung des Tarifs durch die Firma Kulmiz. 4. Verschiedenes.

Alle Steinarbeiter von Striegau, Streit, Rosen, Kalt haus, Tschirnig usw. sind hierzu freundlichst eingeladen.
Die Ortsverwaltung.

Albert Baumann

Werkzeugfabrik und Härtewerk
Aue (Erzgeb.)

Preisliste
über alle
Steinmetz-Geschirre
versende gratis!
Lieferung sofort.

Schürzen

Gausmacherleinen, 100 u. 115 cm breit, Schürzenstoffe in allen Breiten, Fadettis, Leder- und Buchstücken in eigener Anfertigung empfiehlt preiswert

Emil Keidel Spezial-Geschäft in Berufskleidung

Eigene Anfertigung.
Hamburg 6, jetzt Bartelsstrasse 93.

Tüchtigen Sandsteinmetzen

welcher in Grabsteinarbeiten firm ist, sofort gesucht. Beschäftigung dauernd.
Johann Waltermann, Stein- und Bildhauer
Bracke (Rippe-Deilmold).

Kollege Georg Raab

wo steds du? Es sucht dich dein Freund Xaver Tisch, Königsbrück (Rausch), Töpfermarkt 1.

Gestorben.

In Dresden am 12. März der Kollege Emil Gedan, 45 Jahre alt, an der Berufskrankheit.
In Einbeck am 12. März der Kollege Karl Bodenhagen, 18 Jahre alt, an Schwindstucht.
In Pirna am 7. März der Kollege Karl Sidmann, 47 Jahre alt, an der Berufskrankheit.
Ehre ihrem Andenken!

Verantwortlicher Redakteur: A. Staudinger, Leipzig.
Verlag von Paul Starke in Leipzig.
Rotationsdruck der Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

Verhältnisse eines Berufes, in denen ein Hilfsarbeiter jeweils mit mehr oder weniger Unterbrechung oder unter ständigem Wechsel beschäftigt ist, ist daher nur ein geringes. Das Opfer einer Beitragsleistung dafür erscheint ihm zu hoch und wird ihm auch nicht durch niedrigere Beiträge preiswert gemacht.

So liegen die Verhältnisse in Wirklichkeit. Mögen im einzelnen auch Abweichungen und Ausnahmen von den oben geschilderten Verhältnissen zu verzeichnen sein, im allgemeinen werden sie die Regel bilden. Der Ruf nach einem größeren Verbande ist zum Teil darauf zurückzuführen, daß sich die in die Anstellung besoldeter Gauleiter gestellten Hoffnungen nicht im erwarteten Maße erfüllen. Soll die Einführung niedrigerer Beitragsklassen die Erreichung des schon durch die Besoldung der Gauleiter beabsichtigten Zieles erleichtern, so ist doppelt nüchtern Beurteilung vorzuziehen. Die Ursachen der unbefriedigenden Entwicklung der Organisation in unserem Berufe sind so schwerwiegender Natur, daß sie nicht durch einfache Verbandsmaßregeln von heute auf morgen beseitigt werden können.

Die geschilberten Schwierigkeiten bei der Gewinnung der Hilfsarbeiter sind Erscheinungen, die in ähnlicher, wenn auch nicht so krasser Form gegenüber vielen und besonders ländlichen Arbeitern zu verzeichnen sind. Mit ihnen müssen wir rechnen, und dies soll ja auch nur der Zweck des Hinweises sein. Die Hilfsarbeiterfrage hat aber noch eine andere Seite, die in den bisherigen Einsendungen gänzlich außer Acht gelassen wurde. Ausnahmslos berufen sich alle Freunde des Hilfsarbeiteranwaltes allein (!) auf die tatsächliche Notwendigkeit desselben mit Rücksicht auf die ausgedehntere Durchführbarkeit der Bewegungen des jetzigen Kreises der Mitglieder, die durch eine so große Zahl Außenleiter erheblich erschwert werden. Nach der Berufszählung von 1907 beträgt die Zahl der in der Steinindustrie beschäftigten Arbeiter über 150 000. Organisiert waren um diese Zeit davon etwa 10 000. Dieses schreiende Mißverhältnis führte mit zu der jetzigen starken Betonung der Hilfsarbeiterfrage. Die Zunahme der Arbeiter in der Steinindustrie seit der letzten Zählung 1895 beträgt etwa 60 000 und beschränkt sich vornehmlich auf die Hilfsarbeiter. Diese bilden den überwiegenden Teil der Gesamtarbeiterschaft. Unter den ungelerten Arbeitern ist aber ein gewaltiger Unterschied zu machen und wird auch, wenn vielleicht auch unbeabsichtigt, von allen Einsendern gemacht. Wir müssen unterscheiden zwischen „Hilfsarbeitern“, die in Betrieben gemeinschaftlich mit gelernten Arbeitern als Transporteur, Lader, Abräumer usw. beschäftigt sind und solchen, die in Betrieben für sich ohne gelernte Arbeiter in Schottersteinbrüchen, Kiesgruben usw. arbeiten. Auf letztere Kategorie beschränken sich ausschließlich die Einsender im „Steinarbeiter“ in ihren Ausführungen. Kollege Staudinger fordert aber in der die Frage einleitenden Artikelserie eine breitere Grundlage der Organisation und verweist darunter die Einbeziehung aller in der Steinindustrie beschäftigten Arbeiter in die Organisation. Der Unterschied ist ein gewaltiger und besteht darin, daß die Einsender sich nur von taktischen Gesichtspunkten leiten lassen und nichts als eine geschlossener Kampfroutine erzielen wollen. Staudinger will aber aus organisatorischen Gründen den gesamten Charakter des Verbandes umformen, ihn auf neuen Grundformen aufbauen, wobei der alte Verband nur ein integrierender Bestandteil des neuen bleibt. Von der in der Begründung erläuterten Anschauung betrachtet, ist der Gedanke Staudingers prinzipiell und logisch richtig und konsequent. Denn wenn es sich darum handelt, die Zahl der Organisierten in der Steinindustrie in ein erträglicheres Verhältnis zur Beschäftigungszahl zu bringen, so müssen alle ungelerten Arbeiter der Organisation zugeführt werden. Denn nicht die Hilfsarbeiter in den gemischten Betrieben bilden die Masse der zu Gewinnenden, sondern die ungelerten Arbeiter in den Betrieben, die mit unseren gelernten Arbeitern nicht die geringste Verührung haben. Gegen diese weitergehende Anschauung Staudingers richten sich auch die Bedenken, die gegen die unbegrenzte Aufnahme der Hilfsarbeiter erhoben werden, besonders von Seiten der Steinarbeiter. Wenn man sich in dieser Branche, die weniger direkt von der Frage betroffen wird, mit der Aufnahme der in gemischten Betrieben beschäftigten Hilfsarbeiter abfindet, so hält man die Forcierung der Agitation unter den Hilfsarbeitern, die außerhalb des Interessenkreises unseres Berufes stehen, aus taktischen Gründen nicht für vorteilhaft. Es wird dabei argumentiert: Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Hilfsarbeiter sind außerordentlich traurige. Gelingt uns die Aufnahme der Hilfsarbeiter in größerem Umfange, so müssen wir damit rechnen, daß wir zahlreiche Kämpfe für diese Gruppe der Mitglieder zu führen haben. Deren niedrige Beiträge werden dann aber in keinem gesunden Verhältnis zu ihren notwendigerweise kommenden Ansprüchen stehen. Der alte Stamm des Verbandes wird dadurch in der Freiheit seiner eignen Bewegungen gehemmt. So wünschenswert vom idealen Standpunkt auch die Verbesserung der Lage dieser Arbeiter ist, so darf uns doch dadurch niemals die Verbesserung der eignen Lage erschwert werden. Das Hemd liegt uns eben in diesem Falle auch näher als der Rock, denn wir haben vor der eignen Tür noch gewaltig viel zu lehren. Es lohnt sich, die Berechtigung dieser Einwände zu prüfen.

Ohne Zweifel ist daran das eine richtig, daß nicht die große Mitgliederzahl an sich eine Organisation stark macht, sondern die Fähigkeit derselben, für den jeweiligen Kreis der Mitglieder etwas leisten zu können. Durch die Vergrößerung der Mitgliederzahl durch weniger leistungsfähige, aber um so anspruchsvollere Mitglieder wird die Gesamtleistungsfähigkeit einer Organisation nicht erhöht. Wo die Einbeziehung solcher Mitglieder erforderlich wird mit Rücksicht auf eine straffere Schließung der Reihen, da ist es eine taktische Notwendigkeit. Nicht aber dort, wo es sich um Angliederung neuer Sichten handelt, die nicht die geringste Verbindung mit unserem Berufe haben. Diese bilden keine Gefahr für unsere Lohn- und Arbeitsverhält-

nisse oder die Durchführung unserer Bewegungen. Von diesem Gesichtspunkt aus hätten wir gar keine Veranlassung, uns in Experimente zu stürzen, die nur den Zweck haben, große Mitgliedszahlen aufzuweisen. Bei diesem Verfahren würden uns bald die Zinsen das Kapital auffressen.

Jedenfalls entbehren diese Einwände nicht der Berechtigung, und kann der Fall eintreten, daß wir als Folge unserer eifrigen Bemühungen um Kreise, die uns fernstehen, in Situationen geraten können, wo ältere Mitgliedschaften zugunsten der neuen zurücktreten müssen. Schreiber dieses kann unumwunden zugeben, daß dies die Erwägungen waren — die auch ihn ursprünglich die Aufnahme aller Hilfsarbeiter, ohne jede Rücksicht auf Verbindung mit unserem Beruf, bedenklich erscheinen ließen. Ohne in die allgemeine Zielbestimmung hineingerissen worden zu sein, sind aber die Bedenken immer mehr verblaßt. Und zwar aus folgenden Erwägungen. Es ist praktisch gar nicht möglich, einen Unterschied in der Aufnahme der ungelerten Arbeiter in unseren Betrieben der gelernten Arbeiter und denen außerhalb dieser Betriebe zu machen. Der Wechsel der ungelerten Arbeiter zwischen diesen beiden Betriebsarten reguliert die Frage von selbst und zieht alle Betriebe in den Bereich der Organisation. Haben wir uns einmal für die Aufnahme unserer ungelerten Nebenarbeiter entschieden, so können wir keine sophistischen Unterscheidungen machen, die in der Praxis nicht bestehen, sondern nur im Verhältnis zu uns zum scheinbaren Ausdruck kommen.

Entscheidend ist aber noch, daß wir nicht überraschend in Situationen geraten werden, in denen uns Bewegungen ungelerten Arbeiter in solchem Maße über den Kopf wachsen werden, daß sie unsern alten gelernten Mitgliedern gefährlich oder hinderlich werden können. Naturgemäß werden wir erst unser Augenmerk auf die mit uns in Gemeinschaft arbeitenden ungelerten Hilfsarbeiter richten. Damit werden wir alle Hände voll zu tun haben. Allmählich werden wir erst in die weiter abwärts liegenden Kreise der ungelerten Arbeiter eindringen. So allmählich diese Entwicklung vor sich geht, so werden wir uns mit unsern taktischen Maßnahmen dem anpassen können. Zu bemerken ist dabei, daß diese Entwicklung je nach Branche und Landesteil eine sehr verschiedenartige sein wird. Wir haben noch große Gebiete Deutschlands zu verzeichnen, wo uns nicht so sehr das Fehlen der Hilfsarbeiter drückt, sondern wo wir noch ein gewaltiges Stück Arbeit haben, um unsere gelernten Kollegen zu gewinnen. Dort wird man letzterer Aufgabe eine höhere Bedeutung und Pflege zukommen lassen, als der speziellen Hilfsarbeiterfrage. Damit verliert diese aber nicht ihre Bedeutung für den Gesamtverband.

Die Aufstellung der Kandidaten zum Verbandstag hat bis zum 27. März zu geschehen.
Die Anträge, welche eine Abänderung des Statuts bezwecken sollen, sind genau zu formulieren und bis zum 26. März dem Verbandsvorstand zuzusenden.
Kollegen! Nehmt also in den nächsten Versammlungen zum Verbandstag Stellung.

Die erfreulichste Seite der Hilfsarbeiterfrage ist aber die erwachende Erkenntnis, daß unter den heutigen Verhältnissen, sei es mit Rücksicht auf die Produktionsweise oder die Zusammenfassung der Unternehmerorganisationen, nur starke Arbeiterorganisationen auf breiter Grundlage ihren Aufgaben gewachsen sein können. Die Hilfsarbeiterfrage war es, die den Zusammenschluß der Verbände der Maurer und Bauarbeiter veranlaßt hat. Das Bestreben, die Hilfsarbeiter unserer Organisation zuzuführen, ist der erste Schritt unsererseits in der Richtung zum kommenden allgemeinen Bauarbeiterverband. Vorläufig ist diese Frage noch keine brennende und vielleicht auch noch nicht spruchreif. Auch in dieser Beziehung liegen die Verhältnisse nach Branchen und Landesteilen sehr verschiedenartig. Aber am allerwenigsten ist es eine Utopie! Wir begnügen uns mit dem unter den gegebenen Verhältnissen Erreichbaren und bereiten für die unabweislich kommende Verbesserung der Lage unserer Mitglieder vor diesem Blümlein „Mührrichtan“.

In dieser Ueberzeugung werden wir trotz aller nicht zu unterschätzenden Schwierigkeiten und Bedenken die Hilfsarbeiterfrage beurteilen. Die Einführung niedriger Beitragsklassen bedeutet somit nicht, daß „der Anschlag der Hilfsarbeiter perfekt geworden ist“, sondern nur den ersten Schritt dazu. Notwendig wird dazu vor allen Dingen sein, daß wir engere Fühlung nehmen mit diesen Kreisen der Berufscollegen und aus unserer Reserve heraustreten. Nicht nur bei der Agitation und in den Versammlungen, sondern vor allem im Betrieb und im persönlichen Verkehr. Bornheimlich werden wir uns dabei erst auf unsere ungelerten Nebenarbeiter beschränken und nach Maßgabe der jeweiligen Umstände und lokalen Verhältnisse unsere Fühler allmählich weiter ausstrecken. Dazu bedarf es nicht allein eines Verbandsratsbeschlusses, sondern noch wichtiger ist die ehrliche Mitarbeit aller Mitglieder. Damit werden wir den in der Hilfs-

arbeiterfrage liegenden berechtigten Bestrebungen am besten zum Nutzen der Organisation Rechnung tragen, ohne uns überflüssigen Hoffnungen hinzugeben. Denn man kann wohl sagen zum Schluß dieser Betrachtung, wie Staudinger zum Beginn seiner Artikelserie, allerdings mit einer andern Betonung:

Nicht alles dienet uns auf gleiche Weise;
Der vieles brauchen will, gebrauch es jeder
In seiner Art, so ist er wohl bedient. hubr.

Korrespondenzen.

Blauberg. Sonntag, den 27. Februar, tagte hier eine Versammlung, in welcher Gauleiter Mittenmeier Bericht erstattete über die Unterhandlung mit der Betriebsdirektion der Bayrischen Granit-Aktiengesellschaft Regensburg. Der Anlaß dieser Unterhandlung war das äußerst forsche Vorgehen des hiesigen Betriebsleiters Eard, sowie der Bältere Dollmeier und Ditrich. Eard herrscht in Blauberg nach Belieben. Fernordnungen, von denen die Betriebsdirektion keine Ahnung hat, sind keine Seltenheit. Gerade in letzter Zeit war es eine solche, welche die Kollegen veranlaßte, die Gauleitung davon zu verständigen. Es handelte sich um die Bearbeitung der Würzburger Raudeine, die von Seiten Eards und seines jederzeit „schlagfertigen“ Werkstattpoliers Dollmeier in einer solchen Maratesserie verlangt wurden, daß ein energisches Eingreifen nötig war. Die Gauleitung wandte sich direkt an das Stadtbauamt Würzburg. Letzteres Institut gab nun Mittenmeier ausführlichen und befriedigenden Bescheid. Mittenmeier und die hierzu bestimmte Kommission unterbreiteten Herrn Direktor Seyfried in ungeschminkter Weise das Vorgehen Eards und Dollmeiers, ebenso des Bruchpoliers Ditrich, der die Brecher an lebensgefährliche Stellen zum Arbeiten hinkommandieren möchte. Die Kommission verlangte, daß die Schieferordnung besser eingehalten und dem Kollegen Mühlbauer der Schaden gutgemacht werde, der ihm durch die beim Schießen losgesprengten Steine, Schwellenstücke usw. seit den letzten 4 Jahren zugefügt wurde. Herr Direktor Seyfried, der eingangs der Unterhandlung von einem Schikanieren in Blauberg nichts hören wollte, mußte sich damit abfinden, als ihm von einem Kommissionsmitglied gesagt wurde, im Gefängnisse werden die Gefangenen besser behandelt, als wie in Blauberg die Arbeiter. Herr Seyfried versprach denn auch Abhilfe in jeder Beziehung, vergütete Mühlbauer den zugefügten Schaden und bemerkte, daß er in kürzester Zeit die Werke Blauberg, sowie Sengenbühl selbst inspizieren werde. Die Kollegen aus den beiden Orten werden gut tun, bei dieser Gelegenheit ihre Wünsche und Beschwerden dem Direktor persönlich zu unterbreiten. Die Unterhandlung hat wiederum bewiesen, daß durch den Verband Mißstände beseitigt werden können; mögen die Kollegen in ihrem eignen Interesse regere Tätigkeit für denselben entfalten.

Duisburg. In einer am 27. Februar tagenden Versammlung wurde der bisherige Vorstand wiedergewählt. Im Punkte Verschickens wurde das Benehmen eines früheren Verbandsmitgliedes als Arbeitgeber gegen seine einstmaligen Kollegen scharf kritisiert. Wegen eines Flecken in einer Waschtischplatte machte er einen Abzug von 1.60 M., trotzdem er die Seite der betreffenden Platte dem Kollegen bestimmt angegeben hatte. Das Gewerbegericht wird den Herrn Unternehmer schon auf die richtige Bahn bringen. Seine weitere Aeußerung, keinen bekannten Kollegen mehr einzustellen, war von seiner Seite aus überflüssig, denn die er kennt, kennen seine Praktiken auch und werden ihn deshalb meiden. Wenn Herr Haut nervös ist, so werden die organisierten Steinarbeiter von Duisburg ihn in seinen Anfällen nicht mehr stören.

Beschleiburg. Recht in Mitleidenschaft durch Arbeitslosigkeit wurden in diesem Winter die Steinarbeiter des Hochflüger Bergs gezogen: die Steinmehnen sowie auch die ungelerten Arbeiter. Bereits im Herbst wurde ein ganzer Teil entlassen, der ganzen Winter hindurch ist nur 6-7 Stunden gearbeitet worden. Die Folge ist natürlich ein erheblicher Verbleibungsfall und die damit verbundene Verschlechterung der Lebenslage. Der Grund liegt darin, daß Aufträge nicht vorhanden sind, denn sonst wäre bei dem günstigen Winter gearbeitet worden. Diese ganze Misere ist letzten Endes mit auf den Entwicklungsgang im wirtschaftlichen Leben zurückzuführen. Die Bewegung, die im Baugewerbe besteht, dürfte nicht ohne Einfluß sein und die Bestellungen auf Porphyr erheblich einschränken. Aber auch der Kunststein macht dem Porphyr den Markt streitig, und zwar mit Erfolg. Wieviel wird nicht Zement verwendet! Andererseits wird, wie überall, darauf gesehen, die menschliche Arbeitskraft möglichst auszunutzen. Vor über Jahresfrist ist an der Haltestelle Breitenbrunn das Steinsägewerk in Betrieb genommen worden. Alle diese Dinge tragen, ob so oder so, dazu bei, die Arbeiter arbeitslos zu machen. Aber gerade diejenigen, die es am meisten angeht, sie kümmern sich am wenigsten um den Gang der Dinge. Die ganzen Schröter und Hilfsarbeiter, sie gehören keiner Organisation an, obwohl die Steinmehnen sämtlich organisiert sind. Welsch hört man die Ausrede: Die Steinmehnen ziehen das Geld und wir zahlen die Beiträge. Dieser kleinliche Standpunkt sollte doch aufgegeben werden. Die Organisation ist für jeden notwendig und ist in erster Linie Kampforganisation. Der Kampf gegen eine Welt voll Feinde, das ist der Hauptzweck, und wer ein klein wenig Idealismus besitzt, schließt sich den Kampforganisationen an. Wie eng die Arbeitslosigkeit mit den hohen Lebensmittelpreisen zusammenhängt, liegt doch auf der Hand. Die Arbeiter müssen höhere Löhne fordern, um nur das wieder wett zu machen, was ihnen durch die Reichsfinanzreform entzogen worden ist. Die Folge ist der Kampf. Darum muß es für die Arbeiter heißen, hinweg mit dieser niederträchtigen Ausraubung! Geht Mann für Mann in die Organisationen, um diese Gesellschaft niederzurufen.

haben, die nähen, waschen, flicken, ja selbst noch auf Erwerb ausgehen. Die amerikanische Arbeiterfrau geht nur in der alleräußersten Not auf Arbeit. Scheuern, Flicker, Stiefelputzen ist einer freien Amerikanerin unwürdig. Dagegen geruhen die Damen spazieren zu gehen. Ein Arbeiter, bei dem der Redner wohnte, nahm nach Dunkelwerden die Stiefel, um sie zum Putzen fortzutragen, das Paar kostete 46 Pfg.; zum Fensterputzen stellte er einen Japaner an. Defekte Kleider werden nicht ausgebessert, sondern durch neue ersetzt. Die Amerikanerinnen haben sich also in diesem Sinne „emanzipiert“, dagegen sind sie in die Sklaverei des Fußes, der Frömmigkeit usw. geraten. Ohne Zweifel steht der Amerikaner, solange er jung und arbeitsfähig ist, besser da als der Europäer; wird er aber krank oder alt, so hat er keine Kasse, keinen Beistand, schließlich ist der Tod sein bester Freund. Um sich vor der Misere des Lebens zu schützen, muß der amerikanische Arbeiter zu sparen suchen, was ihm schließlich in der Regel auch möglich ist.

Jrgendwelche Sentimentalität im Arbeitsverhältnis gibt es noch weniger als bei uns. Der amerikanische Arbeiter, der sich einige Minuten verspätet hat, darf erwarten, daß auf seinem Platte bereits ein anderer steht. Es gibt keine Lohnkommission, keinen Arbeiterausschuß, kein Gewerbegericht, die für ihn eintreten. Auch die Presse steht ihm nicht zur Verfügung. Der amerikanische Arbeiter ist bei dem ewigen Hasten und der intensiven Arbeit mit 40 Jahren ein alter Mann. Wenn er 28 bis 30 Jahre alt geworden ist, läßt er sich fleißig rasierten, damit er jünger aussieht und Arbeit erhält. Zur Illustration dieser Verhältnisse beschloß einmal ein Gewerkschaftsartikel, es möge ein Gesetz gemacht werden, wonach jeder 40 Jahre alte Arbeiter auf gnädige und lokale Weise erschossen werde. Der Unternehmer hat eben fortwährend junge Kräfte zur Verfügung, die nichts als einen Platz zur Arbeit verlangen. Die Löhne der Arbeiter sind zwar gestiegen, aber auch die Lebensbedürfnisse sind gestiegen, und zwar in höherem Grade als die Löhne. Streiks sind ausbleibend geworden. Die zwei Millionen Arbeiter, die

gewerkschaftlich organisiert sind, sind nicht in der Lage, der Uebermacht des Kapitals Halt zu gebieten. Zwar haben die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter auch einige Vertreter im Parlament sitzen, aber die haben noch nie den Mund aufgetan; überhaupt sind die „Vollvertreter“ gar nicht zu kontrollieren, es erscheint kein stenographischer Verhandlungsbericht, es gibt keine Parteien, der ganze Apparat wird von den Truffs regiert, die ihre Helfershelfer auch mitten in den Gewerkschaften in Gestalt der Spigel (Pinkertons) und der gekauften Führer sitzen haben. In den Gewerkschaften kann keiner dem andern trauen, der Unternehmer wird sofort von allem unterrichtet. Geht es dann um Streik, so treten die Pinkertons offen mit Gummihüpfel und Revolver auf, um die Streikenden in Schach zu halten. Als die Arbeiter gegen dieses mit Staatsautorität ausgestattete Verbrechertum Front machten, schickte die Regierung Soldaten. Da erklärten die Arbeiterführer, gegen die Soldaten, die Söhne des Volks, würden sie nicht unternehmen, da die Soldaten den Staat vertreten, von dem die Arbeiter auch ein Teil seien.

Eine schöne Institution ist auch die amerikanische Justiz. Wie alles im Lande Amerika, so sind auch die Richter korrupt. Wer zum Richter gewählt werden will, muß es sich ein schönes Stück Geld leisten lassen. Hat er's dann erreicht, so sucht er die gebrauchten Geldopfer wieder herauszuschlagen. So sprach er „Recht“ für die Truffs gegen die Arbeiter. In Colorado war der Achttundentag beschlossen worden, er wurde aber nicht eingeführt. Als die Arbeiter endlich streikten, wurden sie von den Pinkertons zusammengeschossen. Sie wählten nun einen neuen Gouverneur, von dem sie hofften, er werde sich ihrer annehmen. Aber der neue Gouverneur trat sein Amt gar nicht an, da die Truffs den Mann für unfähig erklärten. Es gibt eine Anzahl Arbeitergesetze, die aber bloß auf dem Papier stehen. Sobald ein neues Arbeitergesetz beschlossen worden ist, freuen sich die Arbeiter, sie dürfen wohl auch Inspektoren wählen. Aber der gewählte Inspektor wird sehr gut bezahlt dafür, daß er nichts tut. Und das ist dem Mann sehr lieb.

Eine nette Einrichtung der Justiz sind auch die Einhaltsbefehle. Die Einhaltsbefehle, ursprünglich dazu bestimmt, den Unterdrückten Recht zu verschaffen, sind heute eine fürchterliche Waffe des Unternehmertums. Mit den Einhaltsbefehlen wird der Streik verboten, es wird verboten, Streikunterstützung auszusprechen, der Boykott wird verboten, und endlich wird die Tätigkeit der Organisation verboten. Wenn die Gewerkschaften die Einhaltsbefehle nicht respektieren, so können sie ihre gesamten Kassen einbüßen. So sind z. B. die Hutmacher verurteilt worden, 220 000 Dollar Strafe zu zahlen. In Connecticut war ein Arbeiterstutzgesetz beschloffen worden. Die Unternehmer legten den Gerichten die Frage vor, ob das Gesetz nicht mit der Verfassung kollidiere. Die Gerichte entschieden denn auch, daß das Gesetz nicht mit der amerikanischen Freiheit in Einklang stehe. Was also dem arbeitenden Volk nützlich ist, ist gegen die Verfassung, was den Unternehmern dient, ist verfassungsgemäß. Als verfassungswidrig wurde das Kinderschutzgesetz erklärt, ebenso die Forderung der Arbeiter, daß ihr Lohn in barem Gelde ausbezahlt werden solle. Weil er gegen Arbeiterstutzbestimmungen gehandelt hat, wurde der Milliardär Rockefeller zu einer Geldstrafe verurteilt. Es fällt ihm aber nicht ein, die Strafe zu zahlen, er sagt, ehe die Strafe rechtskräftig wird, bin ich gestorben und der Richter ebenfalls. Dagegen wurde ein armer Teufel, der 32 Cent gestohlen hatte, zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt. Ein Unternehmer, der eine Million stahl, bekam nur ein Jahr Gefängnis. Er wurde aber bald wieder entlassen, damit er seine Geschäfte besorgen könne. Das Anti-Trustgesetz ist im vorigen Jahre direkt gegen die Arbeiter angewendet worden, der Arbeiterführer Gompers u. a. mußten ins Gefängnis. Die Arbeiter sind eben völlig rechtlos, und es fällt keinem Arbeiter ein, gegen einen Unternehmer Klage anzustrengen.